

EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2015



Zuwanderung begrenzen 3

Interview mit Roger Köppel zu Wohlstand, Wachstum und Begrenzung der Zuwanderung in die Schweiz.



EU-Anschluss verhindern 5

Der Bundesrat ist bereit, automatisch EU-Recht und fremde Richter zu übernehmen. Ein gefährlicher Weg.



Asyl-Chaos stoppen 9

Die Sogwirkung der laschen Politik auf illegale und Wirtschaftsmigranten ist riesig. Jetzt muss gehandelt werden.



National- und Ständeratswahlen
Wie wähle ich richtig? Seite 22

Frei bleiben – SVP wählen

Die SVP will unser schönes und einmaliges Land erhalten: persönliche Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und einen intakten Lebensraum. Diese Errungenschaften sind heute in Gefahr: durch eine masslose Zuwanderung, Gewalt und Kriminalität im Alltag, das wachsende Risiko terroristischer Anschläge, aber auch durch den Drang von Politikern, die Schweiz in die EU zu führen. Wer will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht bei den eidgenössischen Wahlen an die Urne – und wählt SVP.

Eine Zuwanderung von über 80'000 Personen – was der Bevölkerung der Stadt Luzern entspricht – pro Jahr ist für unser Land nicht zu verkraften. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben entschieden, dass dies nicht so weiter gehen darf, weil die Schweiz ansonsten bereits in wenigen Jahren 10 Millionen Einwohner zählt, zubetoniert und überfüllt ist. Wer will, dass dieser Volksentscheid zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung endlich umgesetzt wird, muss Politikerinnen und Politiker ins Parlament entsenden, welche dieses Ziel ebenfalls verfolgen. Auch die Ausschaffung krimineller Ausländer ist fast 5 Jahre nach Annahme der Ausschaffungsiniziative nicht umgesetzt. Der Grund: Ausser den SVP-Vertretern im eidgenössischen Parlament sträuben sich alle Politiker, Kriminelle auszuweisen. Dank der SVP-Durchsetzungsinitiative kann es nun das Volk

im kommenden Jahr nochmals richten und den Politikern den Weg weisen. Schneller ginge es, wenn im Bundeshaus die richtigen Volksvertreterinnen und Volksvertreter sitzen würden. Deshalb sind Wahlen wichtig.

Ungeachtet des Chaos in der EU mit Griechenland, schwacher Währung, offenen Grenzen für Migranten aus der ganzen Welt und zentralistischer Arroganz, wollen Bundesrat und Parlament die Schweiz schleichend der EU anschliessen. Über ein sogenanntes institutionelles Rahmenabkommen soll unser Land zwingend das EU-Recht übernehmen, und die Schweiz soll sich dem Gerichtshof der Europäischen Union unterstellen. Wer das verhindern will, hat nur eine Wahl: bei den National- und Ständeratswahlen am 18. Oktober 2015 an die Urne gehen und SVP wählen.

Kommentar

Sie haben die Wahl

Am 18. Oktober können die Schweizerinnen und Schweizer das eidgenössische Parlament neu wählen. Haben Sie an den letzten Wahlen teilgenommen? Gehen Sie vielleicht nur bei Sachabstimmungen an die Urne? Oder haben Sie genug, da die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Überlegen Sie es sich gut. Jede zusätzliche Stimme entscheidet im Parlament über Erfolg und Nichterfolg Ihrer Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen.

Bereiten Ihnen die grenzenlose Einwanderung, die jährlich 30'000 Asylsuchenden, welche in der Schweiz ein besseres Leben suchen, die damit zusammenhängenden Missbräuche im Sozialwesen oder die ausufernde Kriminalität Sorge? Auch dann sollten Sie am 18. Oktober wählen gehen. Die SVP ist die einzige Partei, die die Zuwanderung begrenzen und mit den Missbräuchen im Asylwesen aufräumen will. Wählen Sie eine andere Partei, wird die Politik der masslosen Zuwanderung und des Schönredens weitergehen.

In den letzten vier Jahren waren die Mehrheiten im Parlament und in der Regierung mitte-links. Nicht genehme Volksentscheide werden nicht beachtet. So bei der Begrenzung der Zuwanderung, der Ausschaffung krimineller Ausländer, der Verwahrung gefährlicher Straftäter, oder dass Pädophile nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen. Mitte-Links hat auch beschlossen, dass sich die Schweiz noch stärker in die EU einbinden lassen soll und wir auf unser selbstbestimmtes Recht verzichten sollen. Wenn Sie diese Mehrheitsverhältnisse im Parlament korrigieren wollen, gehen Sie an die Urne. Wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein eigenständiges und freies Land bleibt, haben Sie am 18. Oktober nur eine Wahl: SVP.



Toni Brunner

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz



Ständerat
Hans-Ueli
Vogt

Der brillante Kopf für Zürich.

Mehr über Hans-Ueli Vogt auf Seite 20

Keine weiteren
Asylzentren
für Zürich!

Liste **1** wählen

www.svp-zuerich.ch

Mehr über die Forderungen der SVP auf Seite 11



Es braucht neue Mehrheiten im Parlament

Die Mehrheiten im eidgenössischen Parlament lagen in den letzten vier Jahren oft mitte-links. SVP und FDP halten im Nationalrat derzeit 87 Sitze. Zählt man je nach Thema noch einzelne Vertreter der Mitte-Parteien zum bürgerlichen Lager, reicht es noch immer nicht für die notwendigen 101 Stimmen, um eine sichere Mehrheit zu bilden.



Adrian Amstutz,
Fraktionspräsident,
Sigriswil (BE)

Im Ständerat sieht es noch problematischer aus, weil die SVP über zu wenige Sitze verfügt. Das heisst konkret, dass unter der Führung der linken Parteien massgebliche Weichen in Richtung mehr Staat, zusätzliche Ausgaben, weniger Freiheit, weni-

ger Sicherheit und einer grenzenlosen Zuwanderung gestellt wurden. Das ist auch der Grund, weshalb die SVP in den letzten Jahren gezwungen war, in wichtigen Fragen zu Volksinitiativen zu greifen, z.B. im Bereich der Masseneinwanderung, der Ausschaffung krimineller Ausländer oder der rechtlichen Selbstbestimmung der Schweiz.

Um auf breiter Front etwas zu bewegen, ist es jedoch entscheidend, dass die Mehrheiten im Parlament wieder in Richtung Mitte-Rechts kippen. Dazu bräuchte es nur wenige Sitze, die vom linken ins rechte Lager wechseln. Deshalb sind die eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober von zentraler Bedeutung.



Sitzverteilung im
Nationalrat

02.06.2015: Aufblähung der staatlichen Kulturförderung



Der Bundesrat wollte die Kulturförderung für die kommenden vier Jahre auf über 1,1 Milliarden Franken anheben. Die SVP sprach sich für Masshalten und die Beibehaltung auf dem bisherigen Stand aus, was von einer satten Mitte-Links-Mehrheit abgelehnt wurde.

14.12.2012: Ausbau der Bürokratie über flankierende Massnahmen



Statt die Zuwanderung zu begrenzen, hat Mitte-Links massive Eingriffe in den flexiblen Arbeitsmarkt beschlossen, welche zu mehr Bürokratie, Kontrollen und staatlichen Eingriffen führen.

06.05.2015: Ausgabenexplosion beim Bund



SVP und FDP wollten die ausufernden Bundesausgaben (Verdoppelung seit 1990) auf dem Stand von 2014 plafonieren (64 Milliarden Franken). Die Parlamentsmehrheit will den Staat weiter ausbauen. Ein vermittelnder Antrag wurde im Nationalrat mit nur acht Stimmen Unterschied abgelehnt.

05.06.2012: Massive Aufstockung der Entwicklungshilfe



Eine masslose Aufstockung der Entwicklungs- und Auslandshilfe auf jährlich rund 3 Milliarden Franken wurde von beiden Räten gegen den Widerstand der SVP einfach durchgewunken.

Wir dürfen unsere Identität nicht aufgeben

Die massive Zuwanderung führt früher oder später zu grossen Spannungen, denn fremde Kulturen können nicht unbegrenzt integriert werden. Die Zuwanderung hat Auswirkungen auf die Stimmung am Arbeitsplatz, auf die Schulen, aber auch auf unsere gelebte Kultur.



Die Zuwanderung von netto 80'000 Personen pro Jahr führt früher oder später zu grossen Spannungen. Fremde Kulturen können nicht unbegrenzt integriert werden.

Es ist eine historische Leistung, dass die Schweiz als Land von vier Sprachen und unterschiedlichen Kulturen eine starke nationale Identität und einen inneren Zusammenhalt entwickelt hat. Eine eigentliche Gefahr für den Zusammenhalt des Landes geht jedoch von einer masslosen Zuwanderung aus. Rund 750'000 Personen sind in den letzten zehn Jahren netto in die Schweiz eingewandert. Geht die Entwicklung so weiter, wird die Bevölkerung der Schweiz in 20 Jahren zur Hälfte aus Ausländern und Eingebürgerten bestehen.

des islamischen Glaubens in unserem Land. Gesichtverschleierung, die Forderung nach muslimischen Friedhöfen oder nach einer Anerkennung als Landeskirche führen schon jetzt zu Diskussionen und Spannungen. Schulklassen, in denen es ausschliesslich ausländische Kinder gibt, oder Ortschaften, die bereits heute einen Ausländeranteil von mehr als 50% haben, sind eine Realität. Ein Kulturwandel findet auch am Arbeitsplatz statt, z.B. über ausländische Chefs, welche Kaderstellen wiederum mit ihren Landsleuten besetzen.

sicht, stellen Gewohnheiten um, verzichten auf kulturelle Eigenheiten, um andere nicht vor den Kopf zu stossen. Auch hier sollten wir Gegensteuer geben. Damit die Schweiz Schweiz bleibt.



Walter Wobmann, Nationalrat
und Ständeratskandidat,
Gretzenbach (SO)

Auswirkungen auf alle Lebensbereiche

Bereits heute spüren wir beispielsweise die Auswirkungen der Ausbreitung

Wir passen uns an

Die vielleicht grösste Veränderung findet aber in unseren Köpfen statt. Wir passen uns an, nehmen Rück-

Soziale Sicherheit in Gefahr

46% der Arbeitslosen und der Sozialhilfebezügler sind heute Ausländer. Dieser Wert ist doppelt so hoch wie der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung. Durch die Masseneinwanderung tickt in unseren Sozialwerken eine Zeitbombe.



Jürg Stahl, Nationalrat und Mitglied
Kommission für soziale Sicherheit und
Gesundheit, Brütten (ZH)

Nach und nach muss auch der Bundesrat zugeben, dass die Folgen einer masslosen Einwanderung für unsere Sozialwerke kaum abzusehen sind. Während beispielsweise die AHV

heute durch die massive Zuwanderung noch zusätzliche Beitragszahler erhält, ist auch für den Bundesrat klar, dass «dieser Zufluss jedoch zu zukünftigen Rentenansprüchen» führt. Oder anders ausgedrückt: Die AHV kann nicht langfristig durch ein Schneeballprinzip finanziert werden.

Belastete Arbeitslosenversicherung

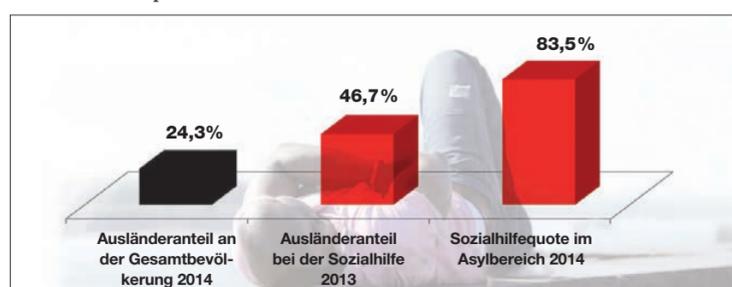
Bei der Arbeitslosenversicherung sind bereits heute die belastenden Effekte der Zuwanderung zu spüren. Während die Schweizerinnen und Schweizer insgesamt deutlich mehr einzahlen als sie beziehen, finanziere-

ren EU-Bürger anteilmässig nur noch 80% der von ihnen bezogenen Leistungen selbst. Personen aus Nicht-EU-Ländern beziehen prozentual gar dreimal mehr Leistungen, als von ihnen einbezahlt werden. Eine Verschlechterung der Wirtschaftslage könnte diesen Zustand rasch verschärfen.

Pulverfass Sozialhilfe

Hoch problematisch ist schliesslich die Situation im Bereich der Sozialhilfe, deren Kosten sich zwischen 2003 und 2012 auf 2,4 Milliarden Franken verdoppelt haben. Hier schlägt insbesondere die hohe Sozialhilfequote im Asylbereich zu Buche. Über 83% der Personen im Asylbereich beziehen Sozialhilfe.

In einzelnen Bevölkerungsgruppen, wie den Eritreern, steigt dieser Wert auf über 90%. Diese Personen werden kaum je eine Arbeit finden und langfristig die Finanzen der Gemeinden massiv belasten, was zu Steuererhöhungen und sozialen Spannungen führen wird.



Ausländer in der Schweiz beziehen doppelt so oft Sozialhilfe, 8 von 10 Personen im Asylbereich beziehen ebenfalls Sozialhilfe.

Impressum

EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 2'943'992
Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58
Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations,
8450 Andelfingen | Bildquellen: iStockphoto, admin.ch, AZ, parlament.ch, Swisspanorama.ch, Anita Troller (InterConnections Zürich), SVP Schweiz | Karikaturen: Martin Guhl | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG. Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Die Schweiz nicht zubetonieren

Jede Sekunde gehen in der Schweiz 1,1 Quadratmeter Kulturland verloren. Umgerechnet auf ein Jahr entspricht das einer Fläche von sage und schreibe 4500 Fussballfeldern. Ein Haupttreiber für die Ausdehnung der überbauten Fläche ist die Zuwanderung. Nur wenn wir auch hier Mass halten, können wir unseren Lebensraum erhalten.



Hannes Germann, Ständerat, Opfertshofen (SH)

Die aktuelle Masseneinwanderung von 80'000 Personen netto pro Jahr führt zu einem Bedarf von jährlich rund 35'000 Wohnungen, ebenso müssen die Infrastrukturen (Stras-

sen, Schienen, Schulhäuser, Energieversorgung, Wasser, Abwasser usw.) an diese Entwicklung angepasst werden.

Drei Viertel unserer Fläche sind unproduktiv. Die explodierende Zunahme der Einwanderung geht somit insbesondere auf Kosten unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche. Vielerorts gleicht das Mittelland mehr und mehr einem durchgehenden Siedlungsraum. Der natürliche Lebensraum ist eine wichtige Grundlage für die Lebensqualität, aber auch für die Versorgung unseres Landes mit Lebensmitteln. Wir sollten auch unseren Kindern und Enkeln noch etwas von der Schönheit und Einzigartigkeit unseres Landes übrig lassen.

Kriminelle Ausländer endlich ausschaffen

Vor fast fünf Jahren – im November 2010 – sagten Volk und Stände Ja zur Ausschaffungsinitiative. Ausländer, welche wegen einer schweren Straftat verurteilt worden sind, sollen die Schweiz verlassen müssen. Trotz des klaren Entscheids wollen Bundesrat und Parlament die Initiative bis heute nicht umsetzen. Jetzt muss das Volk noch einmal an die Urne.

Seit Annahme der Ausschaffungsinitiative hält die Verfassung fest, dass ausländische Straftäter, welche wegen eines schweren Gewalt- oder Sexualdelikts, Drogenhandels, Einbruchs oder Sozialhilfe-Missbrauchs verurteilt wurden, nach Verbüßung ihrer Strafe die Schweiz verlassen müssen und eine Einreiseperrre erhalten. Das Mitte-Links-Parlament hat nun aber ein völlig wirkungsloses Ausführungsgesetz erlassen.

Sicherheit wird vernachlässigt

Statt einer konsequenten Umsetzung der Ausschaffungsinitiative wollen Bundesrat und Mitte-Links-Parteien eine sog. «Härtefallklausel». So finden die Richter immer eine Begründung, weshalb der Straftäter nicht gehen muss:

Rund die Hälfte aller Straftäter sind Ausländer!

Tötungsdelikte (StGB Art. 111–114):	57,7% Ausländer
Schwere Körperverletzung (StGB Art. 122):	50,0% Ausländer
Einbruchdiebstahl (StGB Art. 139):	73,1% Ausländer
Vergewaltigung (StGB Art. 190):	61,4% Ausländer
Menschenhandel (StGB Art. 182):	95,7% Ausländer
Freiheitsberaubung/Entführung (Art. 183):	52,6% Ausländer

Quelle: BFS, polizeilich registrierte Beschuldigte 2014

Drogendealer X habe ein Kind in der Schweiz (auch wenn er sich noch nie um dieses gekümmert hat), Mörder Y sei schon ein paar Jahre in der Schweiz und deshalb integriert, er habe im Gefängnis grosse Fortschritte in der deutschen Sprache gemacht usw.

Derzeit werden nur etwa 500 kriminelle Ausländer pro Jahr in ihre Heimat zurückgeschickt. Eine beängstigend kleine Zahl, wenn man sich die Statistik der Expertengruppe des Bundes vor Augen führt: Nach dem Deliktskatalog der Initiative müssten jedes Jahr rund 16'000 ausländische Straftäter unser Land verlassen. Rund die Hälfte – also ca. 8'000 Täter – sind illegal in der Schweiz. Diese Zahlen verdeutlichen das enorme Risiko, welches die bisherige Ausweisungspraxis für die öffentliche Sicherheit in unserem Land bedeutet.

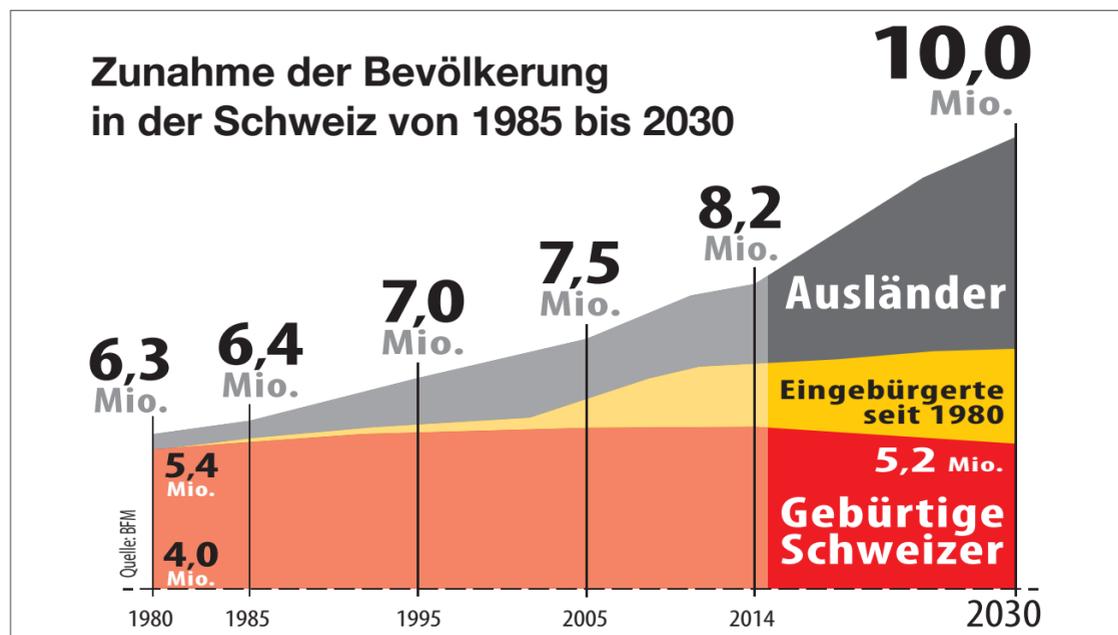
der erzwingen müssen. Die Initiative umfasst einen Deliktskatalog, der in der Bundesverfassung festgehalten und direkt anwendbar ist. So kann sich der Souverän endlich gegen die Behörden und Politiker durchsetzen, welche seit Jahren die Arbeit verweigern.



Natalie Rickli, Nationalrätin, Winterthur (ZH)

Durchsetzungs-Initiative

Im Jahr 2016 wird das Volk an der Urne mit der Durchsetzungs-Initiative die Ausschaffung krimineller Auslän-



Rund 750'000 Personen sind in den letzten zehn Jahren netto in die Schweiz eingewandert. Geht die Entwicklung so weiter, wird die Bevölkerung der Schweiz 2030 zur Hälfte aus Ausländern und Eingebürgerten bestehen.

Wie viel Zuwanderung verträgt die Schweiz?

Roger Köppel, Chefredaktor der Weltwoche im Interview mit dem Extrablatt zum Wohlstand, Wachstum und zur Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Begrenzung der Zuwanderung. Er will nicht mehr länger von aussen beobachten, wie in Bern das Erfolgsmodell Schweiz demontiert wird. Es ist Zeit, aktiv Partei zu nehmen – für die Schweiz.

Braucht die Schweiz wirtschaftliches Wachstum?

Roger Köppel: Ja. Die Schweiz ist ein Land ohne Bodenschätze und Kolonien. Sie lebt ausschliesslich vom Fleiss, von der Tüchtigkeit und von der Innovationskraft der hier arbeitenden Menschen und Unternehmen im Rahmen einer möglichst freien Wirtschaftsordnung.

Hängt dieses Wachstum von der Zuwanderung ab?

Nein. Aber eine massvolle und nach den richtigen Kriterien gesteuerte Zuwanderung ist im wirtschaftlichen Interesse der Schweiz. Was wir jetzt haben, eine unkontrollierte Massenzuwanderung, schadet der Schweiz, auch der Wirtschaft.

Gehört zu einer liberalen Politik nicht auch die Personenfreizügigkeit?

Nein. Die Personenfreizügigkeit ist eine Fehlkonstruktion wie der Euro.

Welche Folgen erwarten Sie, wenn sich die Zuwanderung im Ausmass der letzten Jahre fortsetzt?

Mehr Kriminalität, mehr Arbeitslosig-

keit, mehr Verkehrsüberlastung, höher verschuldete Sozialwerke, mehr Überbauung, mehr Stress und Unzufriedenheit bei den Schweizerinnen und Schweizern, weniger Produktivität und weniger Wohlstand.

Weshalb tut sich die Politik so schwer, den Volksentscheid vom 9. Februar 2014 umzusetzen?

Die Politiker wollten diesen Entscheid von Anfang an nicht. Der Bundesrat und eine Mehrheit in Bern bekämpften ihn massiv. Jetzt setzen sie alles daran, damit er nicht umgesetzt wird – neuerdings machen auch die Wirtschaftsverbände mit im Kampf gegen die SVP. Dahinter stecken kurzfristige Machtinteressen und Eigennutz. Die Personenfreizügigkeit bringt billige Arbeitskräfte für die Wirtschaft. Der Bundesrat steht wie das Parlament Mitte-Links. Man will näher an die EU ran, weil in der EU die Politiker das Sagen haben und nicht die Bürger. Die Politiker wollen sich aus der unbequemen direkten Demokratie befreien. Deshalb strebt der Bundesrat einen EU-«Rahmenvertrag»

an, der die Schweiz europäischem Recht und europäischen Richtern unterstellen würde.

Was tun wir, wenn die EU nicht über eine Anpassung der Personenfreizügigkeit verhandeln will?

Umsetzen! Der Zeitpunkt ist günstig. Die EU hat viele Probleme. Ich glaube nicht, dass die EU jetzt auch noch das letzte Land in Europa kaputt machen will, das seine Rechnungen gegenüber der EU pünktlich bezahlt – ohne, dass man ihm vorher einen Milliardenkredit geben muss.

Wohin bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren?

In Bern dominiert parteiübergreifend die Linke. Links heisst: Immer mehr Staat, immer mehr Steuern und Abgaben, immer mehr EU und immer mehr unkontrollierte Zuwanderung, legal und illegal. Ich bleibe aber optimistisch. Ich glaube und hoffe, dass die Bürgerlichen in den nächsten Wahlen zulegen werden. Die SVP ist der Fels in der Brandung.

Was ist Ihre Motivation, in die Politik einzusteigen?

Schreiben allein genügt nicht mehr. Ich kann nicht länger von aussen beobachten, wie in Bern das Erfolgsmodell Schweiz demontiert wird. Es ist Zeit, aktiv Partei zu nehmen – für die Schweiz.

Was, glauben Sie, können Sie in Bern bewegen?

Ich stehe zur Schweiz. Ich verteidige die

Schweiz als Journalist, auch gegenüber Angriffen aus dem Ausland, etwa im deutschen Fernsehen. Sollte ich gewählt werden – was noch ein weiter Weg ist, – werde ich meine Stärken dafür einsetzen, dass die Schweiz nicht an die EU verschenkt und kaputt gemacht wird. Ich möchte mich auch für eine verbesserte bürgerliche Zusammenarbeit einsetzen. Man muss die kleinkarierten Empfindlichkeiten zurückstellen. Es geht um die Schweiz.

Roger Köppel

- ▶ Nationalratskandidat Zürich
- ▶ Chefredaktor und Verleger der Weltwoche
- ▶ Medienunternehmer und Publizist
- ▶ verheiratet, 3 Kinder
- ▶ Jahrgang 1965, wohnhaft in Küsnacht (ZH)



Bilaterale: Ja, aber nicht um jeden Preis

Die Schweiz ist eine der offensten Volkswirtschaften der Welt. Ein enger Austausch mit dem Nachbar EU stellt dabei eine Selbstverständlichkeit dar. Die bilateralen Beziehungen müssen aber stets auf Augenhöhe und im gegenseitigen Interesse stattfinden. Und sie sind kein Selbstzweck, wie man das in der aktuellen Debatte bisweilen meinen könnte.



«Es wäre für die Schweiz geradezu selbstzerstörerisch, für einzelne Verträge mit der EU Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und den politischen Handlungsspielraum aufzugeben.»

Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer, Meilen (ZH)

Die Schweiz ist mit der EU über nicht weniger als 283 bilaterale Verträge verbunden, welche verschiedenste Bereiche regeln, angefangen vom Freihandelsabkommen von 1972 bis zum Abkommen über den automatischen Informationsaustausch, das noch nicht einmal vom Parlament beraten wurde. Im Fokus stehen derzeit die sieben Verträge des Paketes Bilaterale I, welche 1999 abgeschlossen wurden. Volk und Stände haben im vergangenen Jahr beschlossen, dass aus diesem Paket das Abkommen über die Personenfreizügigkeit nicht mehr in der bisherigen Form weitergeführt werden soll, weil die Auswirkungen für die Schweiz mit zu grossen Nachteilen verbunden sind. Die Masseneinwanderung von jährlich rund 80'000 Personen belastet die Volkswirtschaft, Infrastrukturen, das Landschaftsbild und die Lebensqualität in zunehmendem Mass.

Keine Abschottung

Die anderen sechs Verträge des Paketes Bilaterale I betreffen den Landverkehr, den Luftverkehr, die technischen Handelshemmnisse, das öffentliche

Beschaffungswesen, die Landwirtschaft und die Forschung. Diese Verträge können aus Sicht der Schweiz weitergeführt werden, sie sind aber nicht alle gleich wichtig für die Schweiz. So ist das Landverkehrsabkommen vor allem für die EU von grosser Bedeutung. Es darf zudem nicht vergessen werden, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen seinerzeit nicht dem Wunsch der Schweiz entsprach. Die Schweiz kann gut auf ein solches Abkommen verzichten, falls kein neues ausgehandelt werden kann, da sie die gewünschten Arbeitskräfte aus dem Ausland jederzeit rekrutieren kann, falls der inländische Arbeitsmarkt die Bedürfnisse der Wirtschaft nicht vollumfänglich befriedigt.

Auf die eigenen Stärken vertrauen

Da die Abkommen der Bilateralen I miteinander verknüpft sind, stellt sich die Frage, was geschieht, wenn das Personenfreizügigkeitsabkommen dahinfallen würde. Betroffen wären dadurch in erster Linie nur die erwähnten sechs der insgesamt 283 Ab-

kommen. Ob die EU auf diese Abkommen verzichten möchte, ist zudem fraglich. Die Schweiz gehört auch für die EU zu den wichtigsten Handelspartnern. Sie exportiert mehr in die Schweiz, als unsere Wirtschaft in den EU-Raum. Die Unternehmen in der EU wollen den Absatzmarkt Schweiz unter keinen Umständen verlieren. Zudem ist der grenzüberschreitende Handel primär durch die Regeln der Welthandelsorganisation WTO und des Freihandelsabkommens abgesichert.

Beziehungen zur EU nicht überhöhen

Es wird also in jedem Fall einen pragmatischen Weg geben. Die EU ist ein wichtiger Handelspartner. Die Schweizer Wirtschaft muss sich aber global ausrichten und sollte sich nicht in einseitige Abhängigkeiten begeben. Das zeigt derzeit gerade die Euro-Krise. Zudem wäre es geradezu selbstzerstörerisch, für einzelne Verträge Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und den politischen Handlungsspielraum aufzugeben.

Frei bleiben – ohne EU

Unabhängigkeit und Selbstbestimmung verschafften der Schweiz bis heute die notwendigen Standortvorteile; ein Grund für unseren wirtschaftlichen Erfolg und unseren Wohlstand. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, dürfen wir uns auf keinen Fall durch neue Verträge von der EU fremdbestimmen lassen.



Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf (BE)

«Als weltoffenes Nicht-EU-Mitglied ist die Schweiz ideal positioniert.»

Im Vergleich zu den EU-Ländern geht es der Schweiz sehr gut. Den Erfolg der vergangenen Jahrzehnte verdanken wir dem Umstand, dass wir als weltoffenes Nicht-EU-Mitglied immer selber über uns bestimmen durften. Unsere gelebte direkte Demokratie, der Föderalismus und ein ausgeprägter Sinn für persönliche und unternehmerische Freiheit verleihen dem Standort Schweiz seine Einzigartigkeit.

Selbstbestimmung erhalten

Auf Druck von aussen, aber auch durch politische Opportunisten im eigenen Land wurden in den vergangenen Jahren Standortvorteile, welche die Schweiz für Arbeitsplätze, Investitionen und Innovationen attraktiv machten, abgebaut. Wichtige Qualitäten wie die Privatsphäre, ein flexibler Arbeitsmarkt und ein schlanker Staat werden von Mitte-Links in Frage gestellt und sogar leichtfertig aufgegeben: ein Weg in die falsche Richtung, weil dadurch die Wirtschaft und die Selbstbestimmung im eigenen Land geschwächt werden.

Eigene Rechte beschnitten

Die wohl verhängnisvollste Entwicklung ist die schleichende Aufgabe unserer rechtlichen und politischen Selbstbestimmung. Wir geben Kompetenzen an internationale Organisationen und Gerichte ab. Dynamische Verträge mit der EU, Konventionen und Richtlinien im Bereich des Europarats, der UNO oder der OECD schwächen unsere direkte Demokratie, also die Selbstbestimmung durch den Souverän, das Volk und die Stände. Die eigenständige Rechtsentwicklung der Schweiz wird immer mehr eingengt.

Selbstbestimmungsinitiative

Die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» gibt hier Gegensteuer. Sie sichert der Schweiz auch in Zukunft Entscheidungen durch das Volk und eine rechtliche Selbstbestimmung. Das ist unerlässlich für die Sicherung des Erfolgsmodells Schweiz.

Jetzt unterschreiben!

www.selbstbestimmungsinitiative.ch



«Denn hier bestimmen wir!»



Hansjörg Knecht

- Nationalrat und Ständeratskandidat Kanton AG
- Geschäftsführer und Mitinhaber der Knecht Mühle AG, Leibstadt
- Jahrgang 1960
- wohnhaft in Leibstadt
- verheiratet mit Rita



«In der direkten Schweizer Demokratie ist das Volk der Chef. Das hat sich bewährt. Volksvertreter sind keine Könige, sie sind «Knechte» des Volkes.»

Als Unternehmer weiss Hansjörg Knecht, dass es noch viel Spielraum gibt, den Arbeitsplatz zu entlasten und damit Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern.

Die Knecht Mühle AG – ein unabhängiger Familienbetrieb – ist in der Schweiz eine bedeutende Weizen- und Spezialmühle mit eigener Getreidesammelstelle. Im 24-Stunden-Betrieb werden vollautomatisch erstklassige Mehle für das tägliche Brot von über 300'000 Menschen produziert.

EU-Politik des Bundesrates mit gezinkten Karten

Welchen Zielen die schweizerische Aussenpolitik zu dienen hat, ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.» Das Volk und dessen Vertreter im National- und Ständerat haben die Aussenpolitik des Bundesrates zu kontrollieren.



Lukas Reimann, Nationalrat, Wil (SG)

Wie sieht heute die aussenpolitische Realität aus? Die Schweiz befindet sich in einer Phase schleichender Preisgabe von Souveränität, Volksrechten und Neutralität. Seit 1992 liegt in Brüssel ein Gesuch um Verhandlungen über einen Beitritt der Schweiz zur EU. Der Bundesrat hat den EU-Beitritt zum «strategischen Ziel» erklärt. Dieses Ziel der bundesrätlichen EU-Politik wird bewusst verschleiert. Bern ist sogar bereit, die «dynamische Rechtsentwicklung» der EU widerspruchslos zu übernehmen und sich von Brüssel freiwillig einen Kolonialvertrag zur Unter-

schrift diktieren zu lassen. Das sei zwingend und dringend nötig, um den erfolgreichen «bilateralen Weg» weiter beschreiten zu können, wird fabuliert.

Gesamtpaket mit Sprengstoff...
Die SVP unterstützt Verträge mit der EU nur, wenn diese die Interessen der Schweiz wahren und keine

«dynamische» oder «automatische» Übernahme künftigen Rechts beinhalten. Statt der Fixierung auf die EU wäre Weltoffenheit zur Teilnahme der Schweiz an den zukunfts-trächtigen Wachstumsmärkten ohnehin vielversprechender – und diese Märkte entwickeln sich heute hauptsächlich ausserhalb der EU. Ende Juni dieses Jahres verkündete

Aussenminister Didier Burkhalter, der Bundesrat habe nach einer europapolitischen Aussprache beschlossen, zur Umsetzung des Verfassungsauftrags vom 9. Februar 2014 zur Steuerung der Zuwanderung nur noch punktuelle Anpassungen an der EU-Personenfreizügigkeit anzustreben. Das soll in ein Gesamtpaket mitsamt einem insti-

tutionellen Rahmenabkommen mit der EU verpackt werden.

Taschenspielertricks statt Klarheit

Das sind Taschenspielertricks: Das Rahmenabkommen sieht nämlich die «dynamische» Übernahme von EU-Recht und in Auslegungs- und Streitfragen die Unterwerfung unter den EU-Gerichtshof (fremde Richter) vor.

Dass der Bundesrat erst nach den eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober dieses Jahres die Karten aufdecken will, ist reine Geheimniskrämerei aus wahltaktischen Überlegungen. Die SVP fordert den Bundesrat auf, Stimmbürgerschaft und Parlament zeitgerecht und umfassend über seine aussenpolitischen Absichten zu informieren.

Eine institutionelle Einbindung in die EU liegt nicht im Interesse der Schweiz, sondern ist eine Forderung der EU, um ihre Interessen und ihren Machtanspruch in der Schweiz umfassend durchzusetzen. Ein solcher Vertrag macht unser Land zu einem Satellitenstaat und führt faktisch zum EU-Anschluss. Das wäre die Selbstaufgabe der Schweiz. Die SVP wird alles daransetzen, dass der Bundesrat die Schweiz nicht in die EU führt.



Die Taschenspielertricks des Bundesrates: Das geplante Rahmenabkommen sieht nämlich die «dynamische» Übernahme von EU-Recht und in Auslegungs- und Streitfragen die Unterwerfung der Schweiz unter den EU-Gerichtshof (fremde Richter) vor.

Rahmenvertrag ist für die Wirtschaft brandgefährlich

Der vom Bundesrat geplante Rahmenvertrag mit der EU zur institutionellen Einbindung der Schweiz birgt enorme Risiken für unsere Wirtschaft. Mit einer dynamischen Übernahme von EU-Recht und der Akzeptanz des EU-Gerichtshofes als oberstes Gremium bei der Auslegung des Rechts wird die inzwischen sozialistisch geprägte Regulierungsflut aus Brüssel ungebremst auf die Schweiz überschwappen. Dies bringt ungeahnte Staatsinterventionen und wirtschaftsfeindliche Bürokratie, in erster Linie zu Lasten unserer Unternehmen.



Jean-François Rime, Nationalrat und Präsident Schweizerischer Gewerbeverband, Bulle (FR)

Das neue Lebensmittelrecht zeigt, in welche Richtung sich diese dynamische Rechtsübernahme jetzt bewegt und noch in verstärktem Mass und auch in allen anderen wirtschaftspolitisch relevanten Bereichen entwickeln wird. Das neue Lebensmittelgesetz löst eine Regulierungswelle mit 29 Verordnungen aus. Mindestens 9 neue Verwaltungsstellen und zusätzliche Millioneninvestitionen im Bereich Informatik allein auf Stufe Bund sind die Konsequenz daraus. Jetzt können wir noch das Schlimmste verhindern und Korrekturen anbringen. Bei einer dynamischen Rechtsübernahme müsste die Schweiz aber zwingend das EU-Recht übernehmen. Die Wirtschaft wäre der Regulierungsflut aus Brüssel ungeschützt ausgeliefert.

Die Branchen werden bevormundet und gegängelt, der Bürokratieapparat weiter aufgebläht. Gleiches gilt allgemein unter den Schlagworten Konsumentenschutz, Umweltschutz oder Prävention. Das Gewerkschaftsrecht würde weiter ausgebaut. Solidarhaftungen, ausufernde Arbeitszeiterfassungspflichten und Ferienregulierungen, neue

Quotenregelungen, Lohndiskriminierungspolizei, die Möglichkeit von Sammelklagen, Unisextarife oder ein ausgedehnter Elternurlaub werden bei einer Anpassung an die EU die Wirtschaft zusätzlich belasten, die Freiheit der Bürger beschneiden, die Steuern in die Höhe treiben und unseren flexiblen Arbeitsmarkt zerstören.



Ein Rahmenvertrag mit der EU würde den Gesetzes- und Regulierungswahnsinn weiter ankurbeln. Dies verursacht nebst hohen Kosten mehr Arbeitslose in der Schweiz.



Die EU entwickelt sich immer mehr zu einer Umverteilungsmaschine von reichen zu armen Ländern. Deshalb will die EU die wohlhabende Schweiz dabei haben!

Die SVP in Kürze

-  Wir zählen rund 90'000 Mitglieder.
-  Wir stehen für eine unabhängige, freiheitliche und neutrale Schweiz ein. Einen EU-Anschluss oder -Beitritt lehnen wir kategorisch ab.
-  Die SVP hat seit den letzten Nationalratswahlen 2011 in 19 von 24 Kantonen die Wahlen gewonnen. Das heisst, sie hat an Wählerstärke zugelegt und / oder zusätzliche Parlamentsmandate erzielen können.
-  Die SVP hat heute 54 Nationalratssitze und 5 Ständeratssitze und hofft, bei den Wahlen vom 18. Oktober 2015 diese Sitze mindestens halten zu können.

Mehr Infos unter: www.svp.ch

Die SVP-Parteileitung 2014/2015



TONI BRUNNER
Parteipräsident (SG)



ADRIAN AMSTUTZ
Fraktionspräsident (BE)



NADJA PIEREN
Vizepräsidentin (BE)



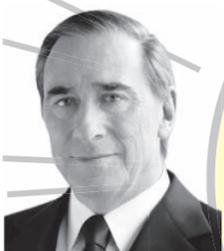
OSKAR FREYSINGER
Vizepräsident (VS)



LUZI STAMM
Vizepräsident (AG)



CHRISTOPH BLOCHER
Vizepräsident (ZH)



WALTER FREY
Vizepräsident (ZH)



JUDITH UEBERSAX
Vizepräsidentin (SZ)



CLAUDE-ALAIN VOIBLET
Vizepräsident (VD)

Tradition hat einen Namen: SVP.



Damit die Schweiz Schweiz bleibt.

Unabhängigkeit, Eigenständigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus sind die Staatssäulen, die unsere Vorfahren erschaffen und erkämpft haben und die wir verteidigen. Dies im Wissen, dass es keine Freiheit ohne Sicherheit gibt.

Im Bundesbrief, am Beginn unserer Eidgenossenschaft, gelobten die Gründer unseres Landes ebenso, keine fremden Richter anzuerkennen.

Unsere Bundesverfassung nimmt in der Präambel auf, dass nur frei ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich am Wohl der Schwachen misst. In dieser Tradition versprechen die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP gegenüber der Bevölkerung der Schweiz:

Wir wollen

-  keinen Anschluss an die EU und keine Anerkennung fremder Richter, damit wir selber unsere Geschicke bestimmen können;
-  die Zuwanderung begrenzen und keine 10-Millionen-Schweiz, damit wir weiterhin eine lebenswerte und intakte Heimat haben;
-  kriminelle Ausländer ausschaffen und die Missbräuche im Asylwesen bekämpfen, damit wir in Sicherheit leben können;
-  tiefe Steuern für alle und weniger staatliche Regulierungen, um Arbeitsplätze zu sichern.



Kandidatinnen und Kandidaten für den Nationalrat anlässlich des Wahlaufzuges mit Wahlversprechen in St. Luzisteig (GR) am 22. August 2015.



www.svp.ch

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5

DESHALB AM 18. OKTOBER
SVP WÄHLEN.

2 Fragen an unseren Bundesrat Ueli Maurer:

Wie schätzen Sie unser Verhältnis zur EU ein?

Es ist durch ein zentrales Missverständnis geprägt: Die EU versteht nicht, dass wir ein eigenständiges, unabhängiges Land bleiben wollen. Sie meint, wir wollen uns in die EU integrieren. Vielleicht machen wir ihr auch nicht immer genügend klar, dass das nicht unser Ziel ist. Sonst würde sie ja jetzt nicht fordern, dass wir uns ihrem Recht und ihren Richtern unterwerfen müssen. Damit würden wir unsere Unabhängigkeit aufgeben und wären faktisch ein Teil der EU.



Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Wo orten Sie in der Schweiz den grössten Handlungsbedarf, wenn es um die Sicherheit geht?

Er besteht an zwei Orten: Zum einen bei der inneren Sicherheit; die Kriminalität beeinträchtigt unsere Lebensqualität mittlerweile erheblich. Viele Leute sind verunsichert. Unsere Bürger haben Anspruch darauf, dass sie an Leib, Leben und Eigentum geschützt werden. Hier muss etwas geschehen, unter anderem sind kriminelle Ausländer endlich konsequent auszuschaffen, so wie es das Volk beschlossen hat.

Zum andern müssen wir unsere Armee wieder so ausrüsten, dass sie in ganz verschiedenen Bedrohungssituationen die Sicherheit aufrechterhalten kann. Vergessen wir nicht, dass die Unsicherheit weltweit zunimmt. Staatszerfall im Nahen Osten und der Aufstieg des Islamischen Staates, verschärfte Ost-West-Spannungen und Krieg in der Ukraine, zunehmende islamistische Terrorgefahr...

SVP bi dä Lüt

Von Chur bis Genf im Gespräch mit den Leuten auf der Strasse und an Messen.



Von der Bauern- und Gewerbspartei zur heutigen SVP

Die Wurzeln der SVP liegen in der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB). In Zürich wurde 1917 die Bauernpartei gegründet, in Bern 1918 die Bauern- und Gewerbspartei. Sie schlossen sich 1921 zur BGB zusammen, die ab 1937 als Landespartei bestand. 1929 wurde mit Rudolf Minger, der ein grosser Freund von General Guisan war, erstmals ein Politiker unserer Partei in den Bundesrat gewählt. Wegen seiner volksverbundenen Art gilt Minger noch heute als einer der beliebtesten und bekanntesten Bundesräte der Schweizer Geschichte.

Während des Zweiten Weltkrieges schlug die Stunde von BGB-Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen: Um in einer entbehrungsreichen Zeit die Versorgung unseres Landes mit Nahrungsmitteln sicherzustellen, entwickelte er den berühmten «Plan Wahlen». In der folgenden «Anbauschlacht» wurden sogar in den Grünanlagen der Städte Kartoffeln, Zuckerrüben und Getreide angepflanzt. So konnte der Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit Lebensmitteln von 52 Prozent (1939) auf 72 Prozent (1945) erhöht werden. Im

Jahr 1971 vereinigte sich die BGB mit der Demokratischen Partei der Kantone Glarus und Graubünden zur Schweizerischen Volkspartei (SVP).

1992 bekämpfte die SVP allein gegen die etablierten Kreise einen Beitritt der Schweiz in den EWR. Das Schweizer Stimmvolk folgte ihr und entschied sich für die Unabhängigkeit unseres Landes. Seither hat die Partei ihre Wählerbasis mehr als verdoppelt. Der Wähleranteil der SVP liegt heute national bei 26,6%.



Rudolf Minger und Friedrich Traugott Wahlen – zwei herausragende Bundesräte der BGB/SVP. Adolf Ogi sicherte sich als Bundesrat von 1987 bis 2000 die Herzen der Schweizerinnen und Schweizer mit seinem berühmten Satz «Freude herrscht». Christoph Blocher und Ueli Maurer machten die SVP zur stärksten Partei der Schweiz. Als Bundesräte von 2003 bis 2007 (Christoph Blocher) und seit 2009 (Ueli Maurer) sind und waren sie eine wichtige Stimme für Freiheit und Unabhängigkeit im Bundesrat.

Ohne uns ...

... wäre die Schweiz Mitglied der Europäischen Union (EU)



... wären die Steuern, Abgaben und Bussen noch höher



... gäbe es noch mehr Missbrauch bei der Sozialhilfe



... würde die Masseneinwanderung unkontrolliert weitergehen



... würde die Ausschaffung krimineller Ausländer nicht einmal thematisiert



... mischte sich der Staat noch mehr ins Familienleben ein



... würden die Autofahrer noch mehr schikaniert



... stünden in der Schweiz immer mehr Minarette



NATIONAL- UND STÄNDERATSWAHLEN 2015

Unsere Schwerpunkte:

- ✦ Für die Selbstbestimmung der Schweiz – Nein zum schleichenden EU-Beitritt
- ✦ Für die Umsetzung einer griffigen Ausländer- und Asylpolitik
- ✦ Für tiefe Steuern, Stärkung des Werkplatzes und Sicherung der Arbeitsplätze

Unser Maskottchen: Wachhund Willy
 Folge Willy im Internet: www.svp.ch/willy
 Folge Willy auf Facebook: www.facebook.com/wachhundwilly



Interview

Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin Ems-Chemie



Magdalena Martullo-Blocher am Scuntrada-Markt in Savognin mit Ochse «Elvis»



Magdalena Martullo-Blocher mit einem Ems-Lernenden in der Produktion (Juli 2015)



Magdalena Martullo-Blocher auf dem Werkplatz Domat/Ems

Was ist Ihre Motivation, in die Politik einzusteigen?

Im Rahmen meiner Führungstätigkeit beim grössten Bündner Unternehmen erlebe ich die nationalen politischen Fehlentwicklungen und deren Auswirkungen auf Unternehmen und Bürger tagtäglich. Unsere aktuelle Bundespolitik leidet unter oberflächlichen Sachkenntnissen und leichtsinnigen Schnellschüssen. Überregulierung und ein ungebremster Staatsausbau belasten uns. Es

«Es gibt kaum einen Wirtschaftszweig, welcher nicht unter ausufernden Vorschriften und Bürokratie leidet.»

gibt kaum einen Wirtschaftszweig, welcher nicht unter ausufernden Vorschriften und Bürokratie leidet. Typische Beispiele finden sich im Umwelt- und Sicherheitsbereich, aber auch bei der Steuerhoheit oder in den Sozialsystemen.

Warum kandidieren Sie im Kanton Graubünden?

Als grösste Bündner Unternehmerin bin ich mit dem Kanton und seiner politischen Situation seit über zehn Jahren geschäftlich und privat eng verbunden. So weiss ich aus eigener Erfahrung, wo der Schuh drückt. Für Graubünden als Randkanton ist es nicht einfach, in Bern Gehör zu finden. Das kann ich als Nationalrätin ändern.

Für was für eine Schweiz setzen Sie sich ein?

Ich setze mich für eine eigenständige und föderalistische Schweiz ein, mit einer leistungsfähigen Wirtschaft, einer produktiven Landwirtschaft und mit Politikern, welche den Mut haben, sich für die Stärken, die Eigenheiten und die Freiheit der Schweiz einzusetzen.

Wollen Sie nun auch in der Politik in die Fussstapfen Ihres Vaters treten?

Ich sehe mich nicht als seine politische Nachfolgerin. Mein Anliegen ist eine bessere Politik in Bern. Leider ist das trotz jahrzehntelangem, intensivem Engagement meines Vaters immer noch nötig. Gerade auch in Bezug auf die anstehenden Verhandlungen mit der EU, bei denen automatisch EU-Recht übernommen und die Unterstellung unter die EU-Gerichtsbarkeit vom Bundesrat angestrebt wird. Ein gut besetztes Parlament kann das verhindern.

Was sind die grössten Herausforderungen für Sie als Exportunternehmerin?

Neben der Gefahr der Übernahme von EU-Recht, sind es die Energiepolitik des Bundes und all die neuen Regulierungen, welche die Handlungsfreiheit von Unternehmern einschränken. Die Beibehaltung der attraktiven Steuerquote. Der Erhalt unseres erfolgreichen dualen Ausbildungssystems mit mehr Gewicht auf den mathematisch-naturwis-

senschaftlichen Fächern, wo die Schweiz auch am meisten Arbeitsplätze in der Exportindustrie hat.

Wie beurteilen Sie die bilateralen Beziehungen Schweiz-EU?

Die Schweiz und der Wirtschaftsstandort Schweiz fahren ohne EU-Anbindung viel besser, solange sie eigene gute Lösungen finden. Die automatische Übernahme von EU-Recht lässt hier keinen Spielraum. Das politische EU-System ist nicht wirtschaftsfreundlich. Das Volk hat die Masseneinwanderungsinitiative angenommen, wir müssen sie umsetzen, ohne dass die Bilateralen gefährdet sind. Hier gibt es auch Lösungsansätze. Der Bundesrat und die Mehrheit der Parteien wollen sie einfach nicht aufnehmen.

Die Energiewende ist ein geflügelter Begriff – Ihre Einschätzung?

Ich glaube, der Bundesrat und viele Parlamentarier haben inzwischen realisiert, dass die Energiestrategie 2050, welche die Sonnen-/Windenergie so stark subventioniert, dass nicht einmal mehr die Wasserkraft konkurrenzfähig ist, in der Praxis nicht funktioniert. Sie haben aber nicht die Grösse, das zuzugeben und umzukehren. Inzwischen

«Gute Politik muss auch gar nicht so aufwendig sein.»

werden für immense Summen Fehlinvestitionen gemacht und die Stromversorgungssicherheit gefährdet. Wir werden diese Fehlstrategie noch lange spüren!

Sie sind 3-fache Mutter und Unternehmerin – wie bringen Sie das alles unter einen Hut?

Wie immer: Ich versuche mich möglichst gut zu organisieren. Gute Politik muss auch gar nicht so aufwendig sein. Eine gute Lösung hängt nicht von möglichst ausgefeilten und ausführlichen Paragraphen ab!

«Das politische EU-System ist nicht wirtschaftsfreundlich.»

Magdalena Martullo-Blocher

- ▶ Nationalratskandidatin Graubünden
- ▶ Unternehmerin
- ▶ Chefin Ems-Chemie, Vorstandsmitglied Verband Chemie/Pharma/Biotech
- ▶ verheiratet, 3 Kinder
- ▶ Jahrgang 1969, wohnhaft in Meilen und Lenzerheide



Autofahrer nicht kriminalisieren

Bisher hat der Autofahrer gezahlt, neuerdings wird er sogar kriminalisiert. Ein eigentlicher Bussenterror und willkürliche Eingriffe ins Privatleben sind die Folgen des Via-sicura-Gesetzespakets. Es braucht Gegensteuer. Die Autofahrer sind über das Geld, das sie in Form von Steuern, Gebühren und Abgaben abliefern, sonst schon wahre Milchkühe.

«Die Autofahrer sind wahre Milchkühe.»

analysen und Blutuntersuchungen zeigen, kein regelmässiger Alkoholkonsum im Spiel ist, ist sie damit für die Behörden als Alkoholikerin abgestempelt. Sie zahlt nicht nur – was selbstverständlich ist – eine Busse und muss den Ausweis für mehrere Monate abgeben, sondern sie erhält auch über Jahre Auflagen, wie sie sich im Alltag zu verhalten hat und wie viel Alkohol sie konsumieren darf. Zudem muss sie regelmässig Haarproben abgeben, um ihr Verhalten kontrollieren zu lassen. Eine Entmündigung sondergleichen.

Oder der junge Gewerbler, der im Stress bei der Ablieferung einer Offerte eine Geschwindigkeitsübertretung begeht, auf einer einsamen, völlig ungefährlichen Strecke. Der Führerausweis ist für Monate weg. Die Geldstrafe beläuft sich auf 20'000 Franken. Seine berufliche Existenz ist in Gefahr.

Polizei für Verkehrsbussen statt Sicherheit

Die Autofahrer werden heute in absurder Weise kriminalisiert. Die Zahl der Verkehrstoten beträgt nur noch einen Drittel des Wertes vor 30 Jahren. In der gleichen Zeit haben sich die Verurteilungen nach

Strassenverkehrsgesetz verdreifacht. Die Ausweisentzüge haben sprunghaft zugenommen. Bei den Kantonen sind die Verkehrsbussen heute fix budgetierte Einnahmepos-

«Die Autofahrer werden heute in absurder Weise kriminalisiert.»

ten, welche durch die Polizei heringeholt werden müssen. Sie belaufen sich auf mittlerweile rund 700 Millionen Franken pro Jahr.

Mit Sicherheit hat dies nichts mehr zu tun. Vielmehr fehlen die Einsatzkräfte für andere Aufgaben.

Kampf der Willkür

Es kann nicht sein, dass die Autofahrer willkürlich kriminalisiert werden, hohe Bussen erhalten und lange auf ihren Führerausweis verzichten müssen, während Einbrecher und Diebe mit bedingten Geldstrafen davonkommen. Weltfremde Politiker haben dieser Entwicklung mit dem übertriebenen Via-sicura-Gesetzespaket Vorschub geleistet. Die grotesken Auswüchse dieser verunglückten Gesetzgebung sind rasch zu korrigieren und rückgängig zu machen.



Nationalrat Albert Rösti, Ständeratskandidat, Uetendorf (BE)

Eine junge Frau trinkt an einem Abend über den Durst und wird auf ihrem Motorradroller angehalten. Die Blutalkoholkonzentration liegt bei 1,6 Promille. Auch wenn die Frau noch nie mit dem Gesetz in Konflikt kam und, wie später Haar-

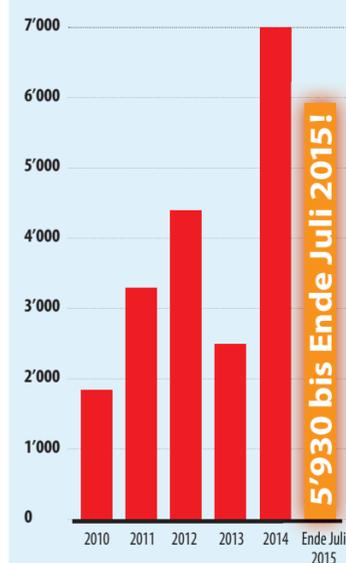
Asyl: Unverzüglich handeln!

Die Situation im Asylwesen spitzt sich zu. Immer mehr Illegale und Wirtschaftsmigranten gelangen durch Schlepper in die Schweiz, obwohl sie nicht an Leib und Leben bedroht sind. Die Kosten im Asylbereich explodieren. Die belastenden Folgen in verschiedensten Bereichen tragen die Kantone und Gemeinden. Die einheimische Bevölkerung ist zunehmend verunsichert. Die SVP verlangt vom Departement Sommaruga endlich ein entschiedenes Handeln und die konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze.



Für das Jahr 2015 rechnet der Bund mit gegen 30'000 Asylgesuchen. 60% dieser Personen dürfen langfristig in der Schweiz bleiben, obwohl die wenigsten verfolgt werden oder an Leib und Leben bedroht sind.

Die meisten Asylgesuche in der Schweiz stammen von Eritreern.



Eritreer stellen in den letzten fünf Jahren mit Abstand am meisten Asylgesuche in der Schweiz und nicht Kriegsflüchtlinge. Dies ist so, weil Bundesrätin Sommaruga die Umsetzung des Volksentscheides zur neuen Asylgesetzreform von 2013 verweigert. Damals hat das Schweizer Volk beschlossen, dass Wehrdienstverweigerung kein Asylgrund mehr sein soll.



Heinz Brand,
Nationalrat,
Klosters (GR)

Die Schweiz hat eine lange Tradition der Aufnahme von Flüchtlingen, die an Leib und Leben bedroht sind. Diese Asyltradition wird jedoch untergraben, wenn jeder, der in die Schweiz kommt, auch hier bleiben darf, egal ob er Anspruch auf Asyl hat oder einfach ein besseres Leben sucht. Genau das geschieht seit einiger Zeit und führt je länger, je mehr zu Un-

mut, Unfrieden und Spannungen im Land. Über die offenen Grenzen gelangen zunehmend Personen in die Schweiz, welche in erster Linie von den hohen Sozialleistungen, der guten Sicherheitslage und der ausgezeichneten medizinischen Versorgung profitieren möchten.

Immer mehr Missbräuche

Die Sogwirkung dieser verfehlten Politik ist enorm. Die Folgen sind zunehmend untragbar:

- ▶ $\frac{2}{3}$ aller Asylsuchenden werden als Flüchtlinge anerkannt oder werden vorläufig aufgenommen (2013 war es noch nicht einmal $\frac{1}{3}$).

Dies, obwohl sich die Situation in den wichtigsten Herkunftsländern kaum verändert hat.

- ▶ Die meisten Asylsuchenden stammen aktuell aus Eritrea. Sie kommen also nicht aus Krisen- oder Kriegsgebieten wie beispielsweise Syrien, wie häufig behauptet.

- ▶ Die Schweiz hat in den letzten 30 Jahren im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viele Gesuche verzeichnet und war damit wesentlich stärker belastet mit

« 6 Milliarden Franken für die Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie »

Asylsuchenden als die meisten europäischen Staaten.

- ▶ Die Kosten der Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie sind inzwischen auf rund 6 Milliarden Franken angewachsen. Allein die Kosten für den Asylbereich auf allen Stufen wird auf mindestens 3 Milliarden Franken geschätzt.

- ▶ Davon sind je länger, je mehr auch die Gemeinden betroffen, welche bereits nach wenigen Jahren die vollen Kosten – insbesondere der Sozialhilfe – zu tragen haben.

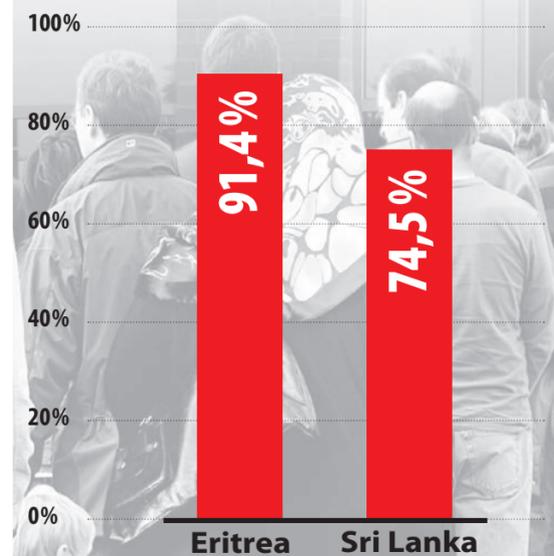
- ▶ Es gibt viel zu viele Missbräuche: Während Personen im Asylbereich rund 0,6% der Bevölkerung

ausmachen, wurden im letzten Jahr 4 Prozent aller Verstösse gegen das Strafgesetzbuch von ihnen verübt.

« In Bundesbern kämpft ausschliesslich und nachweislich die SVP für eine konsequente Asylpolitik. »

In Bundesbern kämpft ausschliesslich und nachweislich die SVP für eine konsequente Asylpolitik und gegen die zunehmenden Missbräuche. Mehr SVP im Parlament bedeutet deshalb auch weniger Missbräuche und damit weniger Kosten.

Sozialhilfequote (erwerbsfähige Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene 2012):



Im Vergleich dazu lag die Sozialhilfequote bei Schweizer Bürgern im Jahr 2013 bei 2,2%.

Quelle: Antwort Bundesrat auf Vorstoss der SVP

Kommentar

Seit 25 Jahren kämpft die SVP für eine konsequente Ausländer- und Asylpolitik. Ihre Forderungen sind berechtigt und klar.

Im Asylbereich braucht es dringend ein Moratorium für mindestens ein Jahr. Das heisst: keine neuen Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie. Um dies zu erreichen, sind die Grenzen wieder eigenständig zu kontrollieren und illegale Einwanderer konsequent abzuhalten. Grundsätzlich muss die geltende Bestimmung endlich angewandt werden: Wer aus einem sicheren Drittstaat in die Schweiz einreist, hat kein Anspruch auf ein Asylverfahren in der Schweiz. Im Gegenzug ist ein Ausbau der Hilfe vor Ort angezeigt. Die Mittel dazu sind im Budget von rund 3 Milliarden Franken pro Jahr für die Entwicklungshilfe vorhanden.

Zuwanderung begrenzen

Die Zuwanderung ist unverzüglich gemäss der von Volk und Ständen angenommenen Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» zu steuern und dadurch markant zu senken. Die Instrumente dazu, Kontingentierung und ein Inländervorrang, sind im neuen Verfassungsartikel festgeschrieben. Ebenso sind die Ansprüche auf Sozialleistungen und auf Familiennachzug zu beschränken. Die Vorgaben des Stimmbürgers an den Bundesrat sind klar – nun muss er diese endlich umsetzen.

Yvette Estermann,
Nationalrätin und
Ständeratskandidatin,
Kriens (LU)



Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Gratis-Hotline: 0800 002 444

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 14. September bis am 17. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2015 informieren. Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Freitag von 11.00 – 19.00 Uhr und am Samstag von 9.00 – 15.00 Uhr für Sie da.

Fragen per Mail: wahlen@svp.ch

Frei bleiben - SVP wählen!
www.svp.ch



SVP ist die einzige Partei...

... die garantiert, dass

- die Zuwanderung begrenzt wird
- die Missbräuche im Asylwesen beseitigt werden
- kriminelle Ausländer ausgeschafft werden
- ein Anschluss an die EU verhindert wird

Darum am 18. Oktober

SVP wählen.

www.svp.ch

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5



Wettbewerb

Welcome to SVP: Was machen die denn da?



- G Ist am Kuchenbacken
- W Verteidigt das Bankkündengeheimnis



- A Hat seine Traumfrau gefunden und ist hin und weg
- E Nimmt nach einem guten Kirsch auch noch K.o.-Tropfen



- L Teilt Picknick mit seiner Einger Kampfkuh
- S Hat keine Freunde



- O Entspannt sich nach der Arbeit
- C Sieht sich eine Sendung mit Roger de Weck im SRF an



- OM Liest wie immer die W0Z auf dem Klo
- IE Hat den Verlag gewechselt



- ET Hört sich neuen Song Welcome to SVP an
- UN Sammelt alte Radios



- O Wäscht Geld in der Waschmaschine
- D Ist neu Hausmann



- L Macht Werbung für Zahnpasta
- S Staubt als Medizinhistoriker seine Knochengestelle ab



- V Springt als alter Fallschirmgrenadier in den Pool
- I Macht beim Topmodel-Wettbewerb mit



- P Fährt mit Gripen-Kampfflieger Velo
- V Frönt seinem Hobby Modellfliegerbasteln

Die richtige Antwort lautet: _____

Kreuzen Sie die korrekten Antworten an, reihen Sie die Buchstaben aneinander und schicken Sie die Lösung ein.

1. Preis: Eine Übernachtung inkl. Nachtessen, für 2 Personen im Haus der Freiheit von Toni Brunner
2. Preis: Ein SVP-Wachhund Willy «Special Edition» mit Nummer
3. Preis: Ein Mittagessen mit Toni Brunner für 2 Personen im Haus der Freiheit, www.hausderfreiheit.ch
4. bis 10. Preis: Eine CD/DVD mit dem Song Welcome to SVP

www.welcometosvp.ch

Jetzt den Song

Welcome to SVP kaufen!

Sende eine SMS mit dem Text "SVP 2015" an die Nummer 900.

CHF 1.50 wird dir direkt von deiner Handyrechnung abgebucht und der Song automatisch per SMS verschickt.

Ich setze mich auch für eine freie, unabhängige und souveräne Schweiz ein.

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. meinem Bezirk/meiner Region werden. Die Parteimitgliedschaft ist zu vergleichen mit einer Mitgliedschaft in einem Verein.
- Bitte schicken Sie mir das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort Ihren Newsletter an nebenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich unterstütze die SVP und spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5**.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich unterstütze die Volksinitiative Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative). Bitte schicken Sie mir _____ Unterschriftenbogen zu.
- Wettbewerb:** Ich möchte nur am Wettbewerb teilnehmen.
- Bitte senden Sie mir eine CD/DVD mit dem Song Welcome to SVP für Fr. 5.– zu.

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern, E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum/Unterschrift _____



www.svp.ch

Die Partei des Mittelstandes



Wenn wir wollen, dass Zürich weiterhin ein attraktiver und konkurrenzfähiger Lebens- und Wirtschaftsraum bleibt, müssen wir Gewerbe und Wirtschaft stärken

Für einen starken und lebenswerten Kanton Zürich

Der Kanton Zürich ist das wirtschaftliche Schwungrad der Schweiz und einer der stärksten Wirtschaftsräume in Europa. Er sichert uns Arbeits- und Ausbildungsplätze, Wohlstand und Sicherheit sowie attraktive Lebensverhältnisse.



Alfred Heer, Nationalrat, Präsident SVP Kanton Zürich, Zürich

Doch die Stärken unseres Kantons sind bedroht:

- Die weiterhin anhaltende Einwanderung führt zu immensen Belastungen. Dies führt dazu, dass wir immer mehr für die Infrastruktur ausgeben müssen. Schulen, Spitäler, Sicherheit und der ÖV. Zahlen im Kt. Zürich zeigen auf, dass die zusätzlichen Steuereinnahmen durch die Einwanderung die Kosten für die Infrastruktur bei Weitem nicht decken. Zudem sind die Sozialausgaben auch durch die Einwanderung enorm angestiegen. Die Schweiz ist auf gute Ausländer angewiesen. Jedoch wollen wir wieder bestimmen, wer als Arbeitskraft in unser Land kommen kann, damit unsere Wirtschaft qualitativ und real wächst, was jetzt nicht der Fall ist. Immer mehr Menschen führen auch zu überfüllten Strassen, öffentlichen Verkehrsmitteln, hohen Mietpreisen und einem Kampf um Arbeitsplätze.
- Ebenso führt das Asylchaos dazu, dass die Gemeinden und damit jeder Steuerzahler immer mehr Geld für Asylanten

und deren Familien zahlen müssen, die als Wirtschaftsflüchtlinge zu uns gekommen sind, sich hier nicht integrieren wollen, sondern nur unsere Sozialleistungen ausnutzen wollen.

- Und: Immer mehr Auflagen, Gebühren, Verordnungen und unnötige Anpassungen an das Ausland sowie verstopfte Strassen machen unserem Gewerbe, unseren KMU-Betrieben und der Wirtschaft das Leben schwer.

All das bedroht unsere Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie unseren Wohlstand und unsere Sicherheit. Die SVP ist die einzige Partei, die sich konsequent und verlässlich dagegen wehrt. Die SVP will, dass

- wir wieder selber darüber bestimmen können, wer in unser Land einwandert und wer nicht. Deshalb will die SVP auch,

dass die von Volk und Ständen angenommene Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung endlich umgesetzt wird;

- das Asylchaos gestoppt wird und nur noch echt an Leib und Leben bedrohte Menschen bei uns Hilfe erhalten
- unser Gewerbe und unsere Wirtschaft wieder attraktive wirtschaftliche Rahmenbedingungen mit tiefen Abgaben und Gebühren erhalten.
- Die Wirtschaft muss wachsen, nicht der Staat.

So schaffen wir sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze und sorgen dafür, dass allen mehr Geld zum Leben bleibt. Wenn Sie das auch wollen, wählen Sie bei den Nationalratswahlen SVP Liste 1 sowie Hans-Ueli Vogt in den Ständerat.

Werkplatz stärken!

Liste



SVP wählen.

www.svp-zuerich.ch



Einwanderung 12

Masslose Einwanderung führt zu steigenden Kosten, mehr Kriminalität und Unsicherheit



Asyl 14

Das Asylchaos des Bundes belastet den Kanton Zürich und seine Bevölkerung



Finanz- und Arbeitsplatz Zürich 18

Mehr Vorschriften, Gebühren und Abgaben zerstören Arbeits- und Ausbildungsplätze



Die unkontrollierte Masseneinwanderung schadet allen!

Der Kanton Zürich gehört zu den attraktivsten Regionen der Welt. Allein in den Kanton Zürich wandern brutto rund 50'000 Ausländer pro Jahr ein. Die Einwanderung in unseren Kanton lohnt sich aus wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Gründen für Ausländer. Aber es rächt sich für uns Zürcherinnen und Zürcher, wenn wir diese Einwanderung nicht rechtzeitig kontrollieren und begrenzen.

Seit dem Jahr 2007 sind jährlich rund 80'000 Personen mehr in die Schweiz ein- als ausgewandert. 2013 waren es netto über 85'000 Einwanderer (gut 155'000 Einwanderungen bei rund 70'000 Auswanderungen). Dies entspricht Jahr für Jahr fast einer Zunahme der Bevölkerung der Stadt Winterthur. Jährlich erfordert dies eine Siedlungsfläche in der Grösse von 4560 Fussballfeldern. Ende 2015 werden rund 8,3 Millionen Menschen in der Schweiz leben – davon über 2 Millionen Ausländer. In rund 20 Jahren wird ohne Steuerung der Einwanderung die 10-Millionen-Grenze erreicht sein.

Schaden für den ganzen Kanton

Die Folgen dieser verhängnisvollen Entwicklung sind täglich und für alle spür- und erlebbar: steigende Arbeitslosigkeit (Erwerbslosenquote Anfang

2014 von 8 Prozent unter den Ausländern), überfüllte Züge, verstopfte Strassen, steigende Mieten und Bodenpreise, Verlust von wertvollem Kulturland durch Verbauung der Landschaft, Lohndruck, Kulturwandel in den Führungsetagen und belastend hohe Ausländeranteile in der Fürsorge und in anderen Sozialwerken. Die heutige Masslosigkeit bei der Zuwanderung gefährdet unsere Freiheit, Sicherheit, Vollbeschäftigung, unser Landschaftsbild und letztlich unseren Wohlstand.

Bereits jeder Vierte ist ein Ausländer

Mit der massiven Zuwanderung der letzten Jahre hat auch der Ausländeranteil in der Bevölkerung von Jahr zu Jahr zugenommen. Waren 1950 im Kanton Zürich nur 6,6 Prozent der Bevölkerung Ausländer, waren es Ende 2013 bereits 25,4 Prozent. Damit

ist bereits jeder vierte Bewohner im Kanton ein Ausländer. Und dies, obwohl seit 1960 die Einbürgerung von Ausländern ständig steigt.

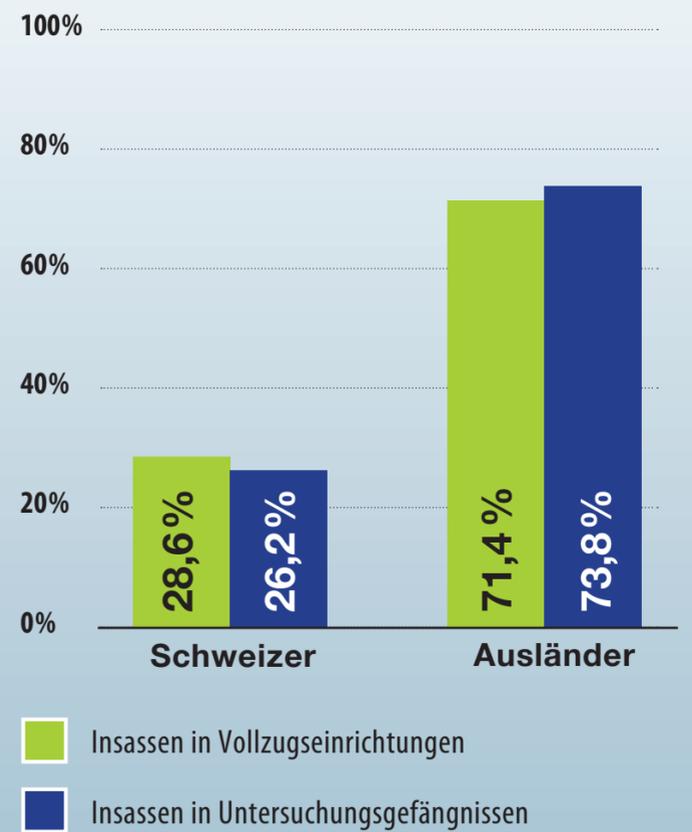
Eingewanderte Probleme

Besonders belastend und spürbar ist die Masseneinwanderung im Bereich der Kriminalität: Obwohl der Ausländeranteil im Kanton «nur» bei knapp 25 Prozent liegt, beträgt die Ausländerkriminalität über 50 Prozent. Bei einzelnen Straftaten wie dem Drogenhandel beträgt sie noch weit mehr. Die Folgen sieht man auch bei den Belegungen in den Zürcher Gefängnissen. So waren im letzten Jahr 71,4 Prozent aller Inhaftierten in Zürcher Gefängnissen Ausländer. Noch schlimmer sieht es bei den Untersuchungsgefängnissen aus: Hier betrug der Ausländeranteil 2014 sage und schreibe 73,8 Prozent. Das heisst: 3 von 4 Inhaftierten sind Ausländer. Sie kosten den Zürcher Steuerzahler jeden Tag pro Inhaftierten mehrere Hundert Franken. Ebenso schockierend ist auch der Anteil der Ausländer an der Sozialhilfe. So waren 2013 rund die Hälfte (48%) aller Sozialhilfefälle Ausländer. Mit anderen Worten: Die Zuwanderung findet in unsere Sozialwerke statt und kostet Steuerzahler, Gemeinden und Kanton enorme Summen.

Fragwürdige Integrationspolitik

Integration ist Aufgabe der Zuwanderer. Wer in ein Land einwandern will, muss sich auch dort integrieren wollen. Heute verfolgt die Schweizer Politik jedoch immer mehr den gegenteiligen Ansatz: Die Schweizer sollen dafür sorgen, dass sich die Ausländer integrieren. Mit teuren staatlichen Massnahmen und Angeboten – finanziert mit Steuergeldern – soll der Anreiz zur Integration erkaufte werden. Wir haben die absur-

Insassen in Vollzugseinrichtungen und Untersuchungsgefängnissen im Kanton Zürich



Quelle: JuV – Zahlenspiegel 2014

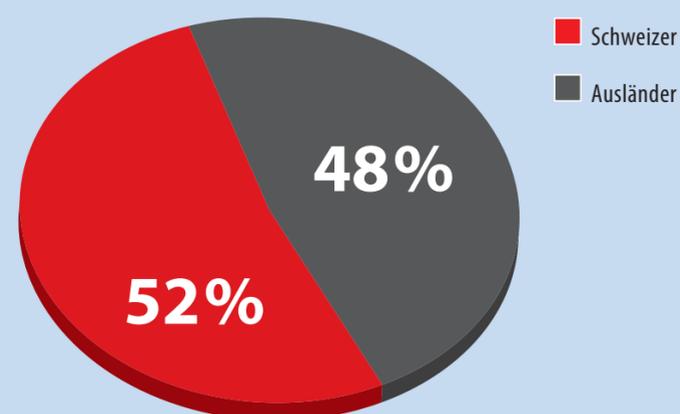
de Situation einer immer lauter dröhnenden Integrationsindustrie. Ohne sich zu überlegen, dass Integration nur gelingen kann, wenn sie vom Zuwanderer selber ausgeht und von ihm gewollt wird, haben sich Sozialarbeiter, Lehrer, Therapeuten und Leiter von sinnlosen Gratis-Kursen der Integrationsförderung angenommen und leben gut davon. Integration ist hauptsächlich die Aufgabe jedes Zuwanderers und muss von diesen gefordert werden. Wer sich weigert, eine Schweizer Landessprache zu lernen, wer Schweizer Gesetze missachtet oder nicht selber für seinen Lebensunterhalt aufkommen kann, hat die Schweiz zu verlassen.

SVP wählen heisst Zuwanderung begrenzen

Die Missstände im Zusammenhang

mit der Zuwanderung bewegen auch die Stimmbürger. Dies hat dazu geführt, dass das Schweizer Stimmvolk am 9. Februar 2014 die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» angenommen hat. Deren konsequente Umsetzung wird die Hauptforderung der SVP in der Zuwanderungspolitik der nächsten Jahre sein. Mit der neuen Verfassungsbestimmung soll die Zuwanderung wieder eigenständig und mittels Kontingenten und Inländer-vorrang von der Schweiz kontrolliert werden. Die Initiative erlaubt eine massvolle Steuerung, die verkräftbar für die Wirtschaft und im Einklang mit der Souveränität der Kantone ist. Bundesrat und Parlament müssen diese innenpolitischen Massnahmen zur Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung nun unverzüglich realisieren und den Volkswillen endlich respektieren.

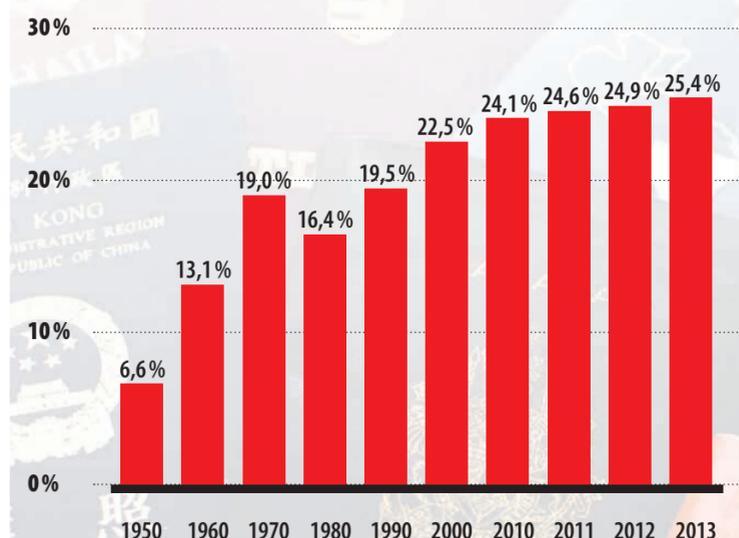
Sozialhilfefälle 2013 im Kanton Zürich



Quelle: Sozialhilfestatistik, Bundesamt für Statistik

Entwicklung Zuwanderung

Anteil Ausländer an der Wohnbevölkerung im Kanton Zürich



Quelle: Volkszählung, ab 2010 STATPOP, Bundesamt für Statistik



Natalie Rickli, Nationalrätin, Winterthur

« Der Ausländeranteil in der Schweiz beträgt heute fast 24%. Und die Zuwanderung bleibt unverändert hoch: Jedes Jahr wächst die Schweiz in der Grösse einer Stadt Luzern. Heute wohnen 8,3 Millionen Menschen in der Schweiz. Das Bundesamt für Statistik rechnet mit 10 Millionen Einwohnern in zwanzig Jahren! Die Schweizerinnen und Schweizer wollen das nicht, deshalb haben sie Ja gesagt zur Initiative «gegen Masseneinwanderung». Diese ist vom Bundesrat gegenüber der EU nun endlich durchzusetzen. »

Tagtägliche Ausländerkriminalität

Parallel zur Zunahme der ausländischen Bevölkerung nimmt auch die Ausländerkriminalität zu. Fast jeden Tag kann die Polizei ein Verbrechen, begangen von Ausländern, aufdecken. Die Dunkelziffer ist noch weitaus grösser!

« Die Schweiz hat immer grosszügig ausländische Arbeitskräfte aufgenommen und ihnen eine berufliche Perspektive geboten. Wir dürfen aber die Kontrolle über die Zuwanderung nicht verlieren. Ebenso müssen wir dafür sorgen, dass unsere Rechtsordnung konsequent durchgesetzt wird: Wer in der Schweiz lebt, muss sich an die geltenden Regeln halten und selbst für seinen Lebensunterhalt aufkommen. Darum ist die Annahme der Durchsetzungsinitiative im nächsten Jahr wichtig: Kriminelle Ausländer müssen die Schweiz verlassen. »



Gregor Rutz, Nationalrat, Zürich

13.8.2015: Dietlikon, Mutmassliche Dealer verhaftet und Betäubungsmittel sichergestellt

Die Kantonspolizei Zürich hat am Donnerstagabend in Dietlikon zwei mutmassliche Betäubungsmittelhändler festgenommen. Insgesamt konnten rund 140 Gramm Heroin und mehr als 2300 Franken sichergestellt werden. Bei den Händlern handelt es sich um zwei Männer aus Serbien im Alter von 31 und 33 Jahren ohne festen Wohnsitz in der Schweiz.

23.6.2015, Zürich-Wollishofen: Einbrecher verhaftet

Die Kantonspolizei Zürich hat am Dienstagmorgen in Zürich-Wollishofen einen mutmasslichen Einbrecher verhaftet und Einbruchswerkzeug sowie diverse Wertsachen sichergestellt. Beim Verhafteten handelt es sich um einen 38-jährigen Bosnier. Er ist geständig, zwei Einbruchdiebstähle begangen zu haben.

21.7.2015, Flughafen Zürich: Drogenkurier festgenommen

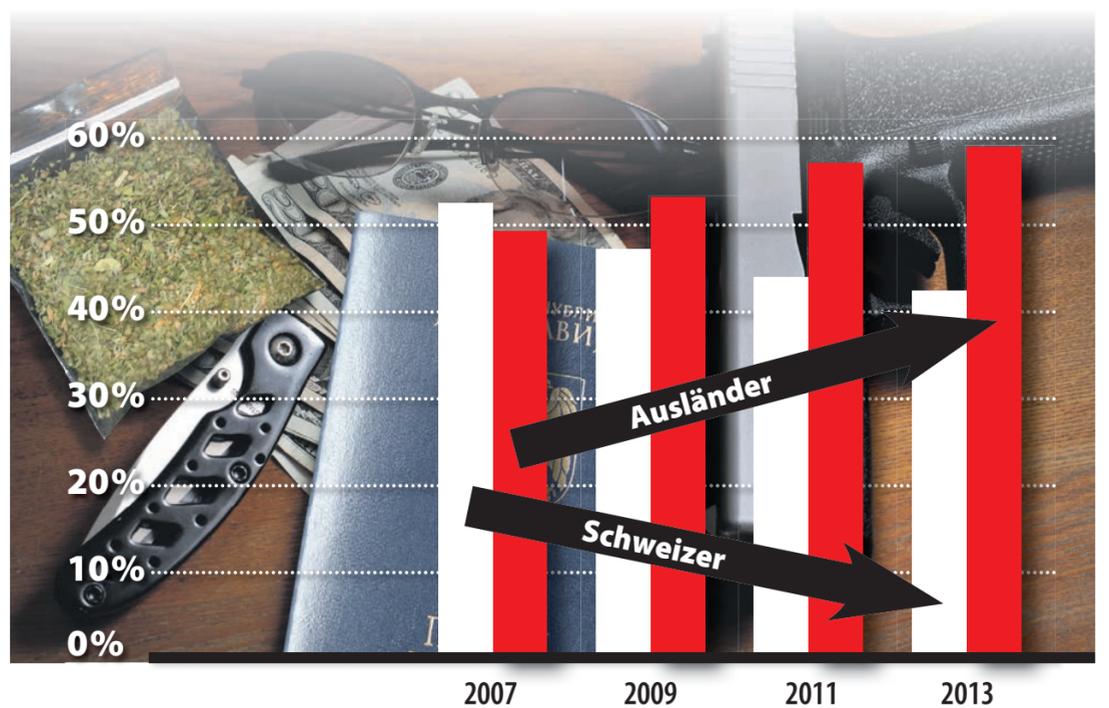
Die Kantonspolizei Zürich hat am Dienstag im Flughafen Zürich einen Mann verhaftet. Er führte über ein Kilogramm Kokain in seinem Magen-Darmtrakt mit sich. Der 59-jährige Argentinier reiste von São Paulo nach Zürich. Die weiteren Abklärungen zeigten, dass der Mann Fingerlinge mit einem geschätzten Gesamtgewicht von über einem Kilogramm Kokain geschluckt hatte.

21.7.2015, Dietikon: Betäubungsmittelhändler verhaftet und Drogen sichergestellt

Die Kantonspolizei Zürich hat am Dienstagmorgen in Dietikon einen mutmasslichen Drogenhändler festgenommen und Betäubungsmittel sichergestellt.

Fahnder der Kantonspolizei Zürich kontrollierten an der Überlandstrasse kurz nach 8 Uhr einen Mann, der ihnen durch sein Verhalten aufgefallen war. Da er sich zuerst nicht ausweisen konnte und der Verdacht bestand, dass er sich illegal in der Schweiz aufhält, wurde er arretiert. Bei der Durchsuchung von Kellerräumlichkeiten, für welche er Schlüssel auf sich trug, stellten die Polizisten rund 500 Gramm Heroin sicher. Bei der anschliessenden Kontrolle der Wohnung stiessen die Fahnder zudem auf über ein Kilogramm Streckmittel. Ebenso wurden mehrere Mobiltelefone sowie einige Hundert Franken sichergestellt. Beim mutmasslichen Betäubungsmittelhändler handelt es sich um einen 51-jährigen Serben. Die Prüfung seiner später zum Vorschein gekommenen Ausweispapiere ergab, dass er als Tourist eingereist ist.

Entwicklung Kriminalität seit 2003 im Kanton Zürich



Quelle: Strafurteilsstatistik, Bundesamt für Statistik

□ Schweizer ■ Ausländer

« Am 9. Februar 2014 haben Volk und Stände entschieden, dass die Schweiz die Zuwanderung in Zukunft wieder selber steuern und beschränken soll. Es war ein Volksentscheid im Zeichen der Selbstbestimmung, jener grossartigen politischen Qualität, um welche die Schweiz weltweit beneidet wird. Seither unternehmen die Gegner der Initiative bis hinauf in den Bundesrat alles, um den Volkswillen auszuhebeln. Das ist ein Skandal und dagegen müssen wir uns wehren. Neuerdings wird die Masseneinwanderung noch durch einen massiven, behördlich tolerierten Asylmissbrauch verschärft. Die SVP muss alle Kräfte mobilisieren, um diese verheerende Politik zu stoppen! »



Roger Köppel, Nationalratskandidat, Küssnacht

Gratis-Anwälte für Migranten – gaats no?

Als «flankierende Massnahme zum raschen Verfahren» will der Bundesrat einen «Anspruch auf eine kostenlose Beratung und Rechtsvertretung» für Asylsuchende schaffen. Ein bedingungsloser Anspruch auf kostenlose Rechtsvertretung in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten wäre ein absolutes Novum im Schweizer Rechtssystem. Ein solches Recht würde zu einem Anstieg der Beschwerden, längeren Verfahren und massiven Zusatzkosten führen.

Das Recht auf unentgeltliche Rechtspflege gibt es in der Schweiz schon lange. Es soll sicherstellen, dass allen Personen der Zugang zur Justiz gewährleistet ist – auch wenn ihnen die notwendigen finanziellen Mittel fehlen. So soll die Rechtsgleichheit gestärkt und auch für mittellose Personen gewährleistet werden. Die Schweizerische Bundesverfassung gewährleistet dieses Grundrecht seit Jahrzehnten. Das Bundesgericht anerkannte es seit 1887 als Teil des Rechtsgleichheitsgebots von Art. 4 aBV. Die nachgeführte Verfassung von 1999 formuliert es explizit in Art. 29 BV.

Dieses Grundrecht ist nicht nur durch die Bundesverfassung, sondern ebenso durch die Europäische Menschenrechtskonvention gewährleistet (Art. 6 EMRK). Die EMRK beschränkt den Anspruch auf unentgeltliche Rechtsvertretung jedoch auf zivilrechtliche Angelegenheiten und strafrechtliche Belange. Mit der Auffassung, dass der genannte Anspruch auch in sämtlichen öffentlich-rechtlichen Verfahren gelte, geht die Schweiz über die Anforderungen der EMRK weithinaus.

Klare Bedingungen

Damit der Anspruch auf unentgeltliche Rechtsvertretung geltend gemacht werden kann, müssen folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein: Es muss eine Bedürftigkeit des Betroffenen gegeben sein, die Rechtssache darf nicht aussichtslos sein und es muss eine Notwendigkeit der Verbeiständung vorliegen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, ist eine unentgeltliche Rechtsvertretung nach hiesiger Praxis bereits heute (auch in Asylverfahren) möglich. Ebenso besteht in anderen Verfahren zivil-, straf- und öffentlich-rechtlicher Art ein entsprechender Anspruch, wenn die genannten Bedingungen kumulativ erfüllt sind.

Verstoss gegen die Rechtsgleichheit

Nun will der Bundesrat für Asylbewerber neu einen bedingungslosen Anspruch auf unentgeltliche Rechtsvertretung schaffen. Die Einführung solcher Gratis-Anwälte für Asylbewerber würde einen Verstoss gegen die Rechtsgleichheit (Art. 8 BV) bedeuten. Die Argumentation, Migranten seien besonders verletzlich und in ihren Grundrechten tangiert, hält einer Prüfung nicht stand: Ein mittelloser Schweizer, der in ein KESB-Verfahren oder ein Verfahren betreffend Fürsorgerische Freiheitsentziehung

(FFE) involviert ist, wird in seinen Grundrechten ebenso tangiert, muss diese Bedingungen aber trotzdem erfüllen, wenn er eine unentgeltliche Rechtsvertretung in Anspruch nehmen will.

Mit der Einführung genereller Gratis-Anwälte würde der ursprüngliche Sinn des Anspruchs auf unentgeltliche Rechtsvertretung ins Gegenteil verkehrt: Statt einer Stärkung der Rechtsgleichheit, würde eine verfassungswidrige Ungleichbehandlung zwischen Schweizern und Migranten geschaffen.

Asylgesuche erfüllen Voraussetzungen meist nicht

Wer unentgeltliche Rechtspflege beanspruchen möchte, muss ein entsprechendes Gesuch stellen, seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse offenlegen und sich zur Sache als auch zu Beweismitteln

«Im Jahr 2012 haben Gerichte, Bundes- und Staatsanwaltschaften sowie unentgeltliche Rechtspflege den Betrag von 1,6 Mrd. Euro verschlungen.»

äussern. Dies muss auch in Asylverfahren so bleiben, da die notwendigen Voraussetzungen in zahlreichen Fällen nicht erfüllt sein dürften.

Die Bedürftigkeit des Betroffenen dürfte bei Asylbewerbern in vielen Fällen gegeben (oder zumindest kaum überprüfbar) sein. Anders verhält es sich betr. der Nicht-Aussichtslosigkeit der Rechtssache. Wird ein Rechtsbegehren schon zu Beginn eines Verfahrens als aussichtslos eingestuft, kann die Gewährung von unentgeltlicher Rechtspflege abgelehnt werden. Mit Blick auf die Statistik darf davon ausgegangen werden, dass bei einer Anerkennungquote zwischen 5,5% (1999) und 25,6% (2014) eine Vielzahl aussichtsloser Gesuche enthalten sind. Ebenso steht die Frage der Notwendigkeit der Verbeiständung im Raum. Diese ist nur dann gegeben, wenn der Betroffene, auf sich alleine gestellt, seine Sache nicht hinreichend wirksam vertreten kann.

Attraktivität der Schweiz weiter steigern?

Die Aussicht auf kostenlosen Rechtsschutz, welcher bedingungslos zugesprochen wird, macht die Schweiz für Migranten noch attraktiver. Warum der Bundesrat diesen Schritt vor-

schlägt, ist vor dem Hintergrund der aktuellen Zahlen – auch im internationalen Vergleich – unverständlich.

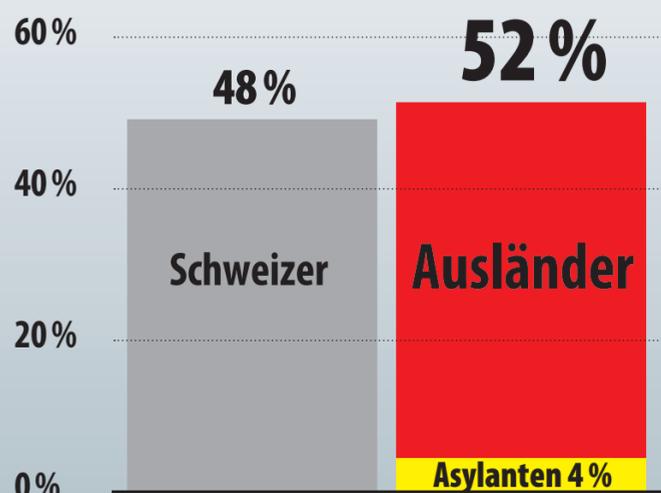
Dies nicht zuletzt auch mit Blick auf die Tatsache, dass die EMRK diese Massnahme nicht fordert und weder die EMRK noch andere völkerrechtliche Verträge Mindestfristen für die Erhebung von Beschwerden postulieren, noch die Rechtsprechung eine solche bestimmt. Der Gesetzgeber hätte hier also, wie auch der Bundesrat ausführt, einen erheblichen Ermessensspielraum – der nicht bzw. falsch genutzt wird.

Nein zu noch mehr Kosten und Aufwand

Dass mit den neuen Regelungen und insbesondere mit der generellen kostenlosen Rechtsvertretung «mittel- bis langfristig substanzielle Einsparungen erzielt» werden können, wie es der Bundesrat ausführt, erscheint höchst fragwürdig. Eher das Gegenteil dürfte eintreffen: Wenn alle Asylbewerber von Anwälten vertreten werden, wird dies zu einem starken Anstieg der Beschwerdeingaben führen, was die Verfahren verlängert – und nicht etwa verkürzt.

Zusätzliche Beschwerden führen auch zu einer massiven Mehrbelastung der zuständigen gerichtlichen Instanzen, was hohe Zusatzkosten generiert. Die Schweiz hat bereits heute die teuerste Justiz Europas: Im Jahr 2012 haben Gerichte, Bundes- und Staatsanwaltschaften sowie unentgeltliche Rechtspflege den Betrag von Fr. 1,6 Mrd. verschlungen – eine horrend Summe. Diese Kosten würden mit der Einführung einer bedingungslosen unentgeltlichen Rechtspflege zweifellos weiter ansteigen, während die Effizienz der Verfahren litte. Auch dies ein klarer Grund, bei der bisherigen Regelung zu bleiben.

Kriminalität Beschuldigte nach Strafgesetzbuch inkl. Asylsuchende im Kanton Zürich



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2014, S. 35/ S. 36

Frei bleiben!

Liste **1**

SVP wählen.

www.svp-zuerich.ch



«Die katastrophale Situation im schweizerischen Asylwesen ist für das Land und die Bevölkerung eine grosse Belastung. Für Menschen, die an Leib und Leben bedroht sind, hat es in der Schweiz immer genügend Platz.

Wirtschaftsflüchtlinge und kriminelle Asylbewerber aber haben bei uns nichts verloren und sie sind nach einem definitiven, rechtskräftigen Urteil auszuweisen. Nur mit einem konsequenten Vorgehen gegen den Missbrauch der weltweit geschätzten humanitären Tradition und der guten Dienste der Schweiz kann das bestehende Asylchaos beendet werden.»



Ernst Schibli, Nationalrat, Otelfingen

« Die heutige Asyl- und Immigrationspolitik (beide Begriffe verschmelzen immer mehr) bedeutet für die Schweiz ein Verhängnis, an dem sie noch zugrunde gehen könnte. Die illegalen Grenzübertritte von Wirtschaftsmigranten haben nichts mehr mit dem Flüchtlingsgedanken zu tun. Wir finanzieren die organisierte Kriminalität von Schlepperbanden. Aus der humanitären Tradition wurde ein «Asylantismus» mit milliardenteuren Verfahren. Fast zwei Drittel der Scheinasylanten dürfen hier bleiben, 87 Prozent von ihnen landen dauernd in der Sozialhilfe. »



Christoph Mörgeli, Nationalrat, Stäfli

Das Asylchaos ruiniert unsere Gemeinden!

Wer an Leib und Leben bedroht ist, der soll in der Schweiz für die Dauer der Bedrohung Asyl erhalten. Das steht nicht zur Diskussion. Die überwiegende Mehrzahl der Menschen, die heute in der Schweiz Asyl begehren, sind jedoch keine echten Flüchtlinge, sondern Wirtschaftsflichtlinge, die hier bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen suchen. Viele strapazieren die Sozialhilfe, viele sind in kriminelle Umtriebe wie Drogenhandel oder Schleppergeschäfte verwickelt. Dabei handelt es sich in über 95 Prozent der Fälle um Wirtschaftsflichtlinge.

Wer illegal in die Schweiz einreist und hier ein Asylgesuch stellt, erhält vom ersten Tag an staatliche Unterstützung. Er kann sich kostenlos medizinisch untersuchen und versorgen lassen, sich völlig frei bewegen und wird von Asyljuristen und Hilfswerkern freudig aufgenommen, beraten und betreut. Da diese «Asylindustrie» vom Nichtfunktionieren und von den Verzögerungen im Asylwesen lebt, hat sie selbstverständlich kein Interesse daran, von sinnlosen Rekursen abzuraten oder ihre Schützlinge zur Heimkehr zu animieren. So ist es nicht verwunderlich, dass sich die Verfahren oft ins Unermessliche hinziehen und dazu führen, dass selbst Personen, bei denen von Anfang an klar ist, dass sie nicht verfolgt werden, für Jahre in der Schweiz bleiben dürfen.

Die stetige Zunahme der Asylgesuche hat auch Auswirkungen auf die Kosten des Asylwesens. Auf Bundesebene haben die Kosten für diesen Bereich

bereits die Milliardengrenze überschritten. Nicht eingerechnet in diesen Kosten sind alle Ausgaben, die von den Kantonen und Gemeinden getragen werden müssen. Und diese treffen die alarmierenden Kosten noch weit aus härter und stärker. So muss in vielen Zürcher Gemeinden bereits heute ein Grossteil der Steuergelder für Betreuungskosten für Asylbewerber ausgegeben werden. Für die eigentlichen Gemeindeausgaben wie Schulen, Sportanlagen, Unterhalt, Erneuerung und Ausbau der Infrastruktur oder Unterstützung von Senioren und echt Hilfsbedürftigen steht damit oftmals kein Geld mehr zur Verfügung. Die Folge: Steuererhöhungen! Doch damit werden alle anständigen Steuerzahler bestraft wie ein Beispiel einer Zürcher Gemeinde zeigt:

720'000 Franken pro Jahr für eine nicht integrationswillige Familie!

Der Fall ging durch die Medien: In ei-

ner normalen Zürcher Gemeinde in Winterthur-Land wohnt eine 7-köpfige Familie aus Eritrea. Die Kosten für die Familie haben die Gemeinde an den Rande des Ruins geführt: Fr. 36'000 pro Monat (!) muss die Gemeinde für die Heimbetreuung der 4 Kinder in Heimen zahlen. Dazu kommen weitere Fr. 20'000 pro Monat (!) für Betreuungskosten wie Einkaufsbegleitung. Der Stundenansatz für die Einkaufsbegleitung beträgt Fr. 135.00/Std. Zusätzlich muss die Gemeinde Fr. 1'500 Miete pro Monat und Fr. 2'600 Sozialhilfe pro Monat für die Familie berappen. Summa summa macht das für die Gemeinde und damit für die Steuerzahler Fr. 60'000 pro Monat oder Fr. 720'000 pro Jahr! Und dies für eine Familie, die sich nicht integriert.

Fazit: Das Asylchaos in unserem Land mit immer mehr Asylbewerbern belastet unser Sozialwesen und ruiniert unsere Gemeinden und uns Steuerzahler!

Immer mehr Asylanten-Kriminalität

Die überbordende Aufnahme von immer mehr Asylbewerbern führt zu immer mehr Kriminalität, Unsicherheit und Gewalt für die Bevölkerung. Dies zeigt ein Blick auf die Polizeiberichte – und auch bei diesen polizeilich dokumentierten Taten handelt es sich um die Spitze des Eisberges:

16.1.2015, Embrach: Mutmasslicher Einbrecher verhaftet

Die Stadtpolizei Bülach und Kantonspolizisten haben am Freitagmorgen in Embrach einen Mann verhaftet, der verdächtigt wird, Einbruchdiebstähle in Fahrzeuge und Gebäude verübt und Gegenstände im Wert von mehreren Hundert Franken erbeutet zu haben. Die ersten polizeilichen Ermittlungen ergaben, dass die sichergestellten Wertsachen im Gesamtwert von einigen Hundert Franken aus mehreren Einbrüchen in Fahrzeuge und Gebäude stammen dürften. Im Anschluss an die polizeilichen Befragungen wird der 26-jährige algerische Asylbewerber, der sich illegal in der Schweiz aufhält, der zuständigen Staatsanwaltschaft und anschliessend dem Migrationsamt zugeführt.

13.11.2014, Fehraltorf: Kontrolle im Durchgangszentrum

Die Kantonspolizei Zürich hat am Mittwochmorgen in Fehraltorf bei einer Kontrolle im Durchgangszentrum einen Mann verhaftet, welcher sich rechtswidrig in der Schweiz aufhält. Anlässlich einer Kontrolle um zirka 7.00 Uhr wurde ein 27-jähriger Mann angetroffen und überprüft. Polizeiliche Ermittlungen ergaben, dass es sich bei ihm um einen rechtskräftig ausgewiesenen Asylbewerber aus Marokko handelt.

« 7000 junge Männer aus Eritrea kamen 2014 in die Schweiz (Österreich: 105). Bis Mitte 2015 kamen weitere 3800. Sie bleiben hier. Die dänischen/norwegischen Behörden sowie Urs von Arb, Vizedirektor bei Frau

Sommaruga, stellten nach intensiven Abklärungen vor Ort fest: Eritrea ist bezüglich Menschenrechte besser geworden. Frau Sommaruga will davon nichts wissen. Mit der «Neustrukturierung des Asylbereichs» – 6000 neue Plätze, Gratis-Anwalt – macht sie unser Land für Scheinasylanten noch attraktiver. Darum: Schluss mit Frau Sommarugas Asylchaos!

Mit mehr SVP, Liste 1. »



Hans Fehr, Nationalrat, Eglisau

Asylchaos stoppen statt immer mehr Asylanten. SVP wählen.

www.svp-zuerich.ch

Liste 1 wählen



Für den Kanton Zürich in den



Rickli Natalie

- ▣ Beruf: Partner Relation Manager
- ▣ Funktion: Nationalrätin
- ▣ Wohnort: Winterthur Stadt
- ▣ Jahrgang: 1976
- ▣ Hobbys: Skifahren, Wandern, Reisen

«Ich setze mich für eine unabhängige, sichere und selbstbewusste Schweiz ein. Meine Schwerpunktthemen sind: Medien, Sicherheit und Ausländerpolitik.»



Mörgeli Christoph

- ▣ Beruf: Prof. Dr., Historiker
- ▣ Funktion: Nationalrat
- ▣ Wohnort: Stäfa
- ▣ Jahrgang: 1960
- ▣ Hobbys: Lesen, Reisen, Kultur

«Leitlinie meines politischen Wirkens sind die persönliche Freiheit, eine eigenständige Schweiz, eine intakte Marktwirtschaft sowie das Privateigentum als eines der höchsten Güter.»



Heer Alfred

- ▣ Beruf: Unternehmer
- ▣ Funktion: Nationalrat, Präsident SVP Kanton Zürich, Präsident Bund der Steuerzahler
- ▣ Wohnort: Zürich Stadt
- ▣ Jahrgang: 1961
- ▣ Hobbys: Nahe Osten und Lesen

«Für eine unabhängige Schweiz und für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Die Wirtschaft muss wachsen, nicht der Staat.»



Fehr Hans

- ▣ Beruf: Geschäftsführer
- ▣ Funktion: Nationalrat
- ▣ Wohnort: Eglisau
- ▣ Jahrgang: 1947
- ▣ Hobbys: Winzer, Literatur / Gedichte, Velo

«Stopp Massenzuwanderung und Asylchaos. Selbstbestimmung statt fremde Richter. Starke Armee. Starker Standort Schweiz.»



Stahl Jürg

- ▣ Beruf: Eidg. dipl. Drogist, Direktionsmitglied
- ▣ Funktion: Nationalrat, 2. Vizepräsident des Nationalrates
- ▣ Wohnort: Brütten
- ▣ Jahrgang: 1968
- ▣ Hobbys: Sport, Männerriege Brütten, Lesen

«3:0 für die Schweiz: Bezahlbares Gesundheitssystem mit Augenmass und Eigenverantwortung, praxisnahe Bildung und Stärkung der Ehrenamtlichkeit in Sport und Gesellschaft.»



Egloff Hans

- ▣ Beruf: Rechtsanwalt
- ▣ Funktion: Nationalrat, Präsident HEV Schweiz, Präsident Aufsichtsrat SVA
- ▣ Wohnort: Aesch ZH
- ▣ Jahrgang: 1959
- ▣ Hobbys: Fitnesstraining während Session

«Freiheit, Eigentum und Sicherheit in allen Facetten sind für mich ein unteilbares Ganzes. Und die direkte Demokratie muss unantastbar bleiben.»



Trachsel Jürg

- ▣ Beruf: Rechtsanwalt
- ▣ Funktion: Kantonsrat, Fraktionspräsident, Mitglied Baurekursgericht
- ▣ Wohnort: Richterswil
- ▣ Jahrgang: 1962
- ▣ Hobbys: Politik, Sport (Tauchen, Skitouren), Reisen

«Ich setze mich ein für: eine freie Schweiz mit direktdemokratischen Strukturen; optimale Rahmenbedingungen für die Wirtschaft; Sicherheit und Wohlstand; intakte Infrastrukturen.»



Walliser Bruno

- ▣ Beruf: Eidg. dipl. Kaminfegermeister
- ▣ Funktion: Kantonsrat, Gemeindepräsident
- ▣ Wohnort: Volketswil
- ▣ Jahrgang: 1966
- ▣ Hobbys: Radsport, Vereinsarbeit

«Ich setze mich für weniger Abgaben, Gebühren und Bürokratie ein, damit sich Arbeit wieder lohnt. Nur mit weniger Vorschriften & Reglementierungen bleibt uns und unserem Gewerbe genug Luft.»



Zanetti Claudio

- ▣ Beruf: Lic. iur., Jurist
- ▣ Funktion: Kantonsrat, Vorstand ACS Zürich
- ▣ Wohnort: Gossau ZH
- ▣ Jahrgang: 1967
- ▣ Hobbys: Geschichte, Lesen, Kochen

«Unser viel zu teurer Staat ist zu einer Bedrohung unserer Freiheit geworden. Ich will wieder mehr persönliche Freiheit und Eigenverantwortlichkeit.»



Tuena Mauro

- ▣ Beruf: Computer-Techniker
- ▣ Funktion: Kantonsrat, Gemeinderat, Fraktionschef
- ▣ Wohnort: Zürich Stadt
- ▣ Jahrgang: 1972
- ▣ Hobbys: Debattieren, Essen mit Freunden

«Ich will härtere Strafen gegen Kriminelle. Ausländer, die ein Verbrechen gegen Leib und Leben ausüben, haben in unserem Land nichts verloren und gehören ausgeschafft.»



Köppl Roger

- ▣ Beruf: Journalist / Medienunternehmer
- ▣ Wohnort: Küsnacht
- ▣ Jahrgang: 1965
- ▣ Hobbys: Tennis, Lesen, Musik, Filme

«Mein Credo ist die Schweiz. Wir haben eine einzigartige Staatsform auf den Pfeilern Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Für dieses Erfolgsmodell setze ich mich ein.»



Sulser Jürg

- ▣ Beruf: Unternehmer
- ▣ Funktion: Kantonsrat, Präsident Bezirksgewerbeverband, Vorstand KGV
- ▣ Wohnort: Otelfingen
- ▣ Jahrgang: 1961
- ▣ Hobbys: Hunde, Sport allgemein, Biken

«Gesunde Finanzpolitik, für tiefere Steuern, Gebühren und Abgaben, Gewerbe vor zu viel Bürokratie schützen, Entlastung der Unternehmen – für mehr Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplätze schaffen und erhalten.»



Frei Ruth

- ▣ Beruf: Bäuerin / Pflegefachfrau
- ▣ Funktion: Kantonsrätin, Bezirksrätin
- ▣ Wohnort: Wald
- ▣ Jahrgang: 1958
- ▣ Hobbys: Bienen, Turnen, Laien-Theater

«Fortschrittliches und bezahlbares Gesundheitswesen, zukunftsgerichtete und produzierende Landwirtschaft, glaubwürdige Politik und Eigenverantwortung.»



Oswald Daniel

- ▣ Beruf: Dipl.-Ing. FH
- ▣ Funktion: Gemeinderat, Fraktionschef
- ▣ Wohnort: Winterthur Stadt
- ▣ Jahrgang: 1965
- ▣ Hobbys: Für Familie / Freunde kochen

«Selbstständige Bürger sind die Grundlage für eine funktionierende Gesellschaft. Deshalb ist Hilfe zur Selbsthilfe das Ziel, statt ausufernde Betreuung für alle.»



Hauser Matthias

- ▣ Beruf: Sekundarlehrer / Gemeindepräsident
- ▣ Funktion: Kantonsrat
- ▣ Wohnort: Hüntwangen
- ▣ Jahrgang: 1973
- ▣ Hobbys: Naturwissenschaft, Klavier, Fahrrad

«Für eine selbstbewusste, freie Schweiz mit einer starken Wirtschaft. Für Qualität in der Bildung und für die beste Armee. Für meine Heimat, den Kanton Zürich.»



Suter Martin

- ▣ Beruf: Meisterlandwirt / Unternehmer
- ▣ Wohnort: Rüti
- ▣ Jahrgang: 1970
- ▣ Hobbys: Bergtouren, Tauchen, Reisen

«Schweiz den Schweizern! Ich stehe ein für weniger Zuwanderung, mehr Selbstverantwortung und Eigenbestimmung sowie für mehr Sicherheit durch hartes Durchgreifen.»



Walder Patrick

- ▣ Beruf: Treuhänder
- ▣ Funktion: Gemeinderat, Präsident Forum Flugplatz Dübendorf
- ▣ Wohnort: Dübendorf
- ▣ Jahrgang: 1987
- ▣ Hobbys: Citroën-Oldtimer, Politik

«Für eine sichere, unabhängige und neutrale Schweiz, in welcher das Volk als oberstes Bestimmungsorgan akzeptiert und respektiert wird.»



Hofer Jacqueline

- ▣ Beruf: Unternehmerin
- ▣ Funktion: Kantonsrätin, Gemeinderatspräsidentin, Vorstand KGV, Präsidentin Bezirksgewerbeverband
- ▣ Wohnort: Dübendorf
- ▣ Jahrgang: 1969
- ▣ Hobbys: Schützen, Musik, Reisen

«Ihre Anliegen sind mir wichtig: Richtiges Schweizerdeutsch, keine falschen Asylanten und Sozialmissbräuche, keine Gewalt, unsere Arbeitsplätze sichern.»



Nationalrat



Rutz Gregor

- ▣ Beruf: Lic. iur., Unternehmer
- ▣ Funktion: Nationalrat, Vizepräsident SVP Zürich, Präsident IG Freiheit, Vorstand Aktion Medienfreiheit
- ▣ Wohnort: Zürich Stadt
- ▣ Jahrgang: 1972
- ▣ Hobbys: Politik, Musik, Geschichte

«Zu viele Gesetze, eine aufgeblähte Verwaltung und immer weniger Freiheit – das ärgert mich als Unternehmer. Dagegen kämpfe ich in Bundesbern!»



Schibli Ernst

- ▣ Beruf: Eidg. dipl. Landwirt
- ▣ Funktion: Nationalrat, Vorstand Zürcher Bauernverband
- ▣ Wohnort: Otelfingen
- ▣ Jahrgang: 1952
- ▣ Hobbys: Pferde, Lesen, Wandern

«Ich setze mich ein: für eine freie Schweiz, gegen den EU-Beitritt und fremde Richter, für eine erfolgreiche Wirt- und Landwirtschaft, gegen das Asylchaos und gegen die Masseneinwanderung.»



Matter Thomas

- ▣ Beruf: Unternehmer
- ▣ Funktion: Nationalrat
- ▣ Wohnort: Meilen
- ▣ Jahrgang: 1966
- ▣ Hobbys: Zurzeit vorwiegend Politik

«Für die Grundpfeiler des Schweizer Erfolgsmodells, welche uns Wohlstand, Freiheit und Sicherheit gebracht haben: Direkte Demokratie, Unabhängigkeit, Neutralität, Föderalismus und liberale Wirtschaftsordnung.»



Vogt Hans-Ueli

- ▣ Beruf: Prof. für Wirtschaftsrecht Uni Zürich
- ▣ Funktion: Kantonsrat
- ▣ Wohnort: Zürich Stadt
- ▣ Jahrgang: 1969
- ▣ Hobbys: Wandern, Städtereisen, Lesen

«Für mehr Freiheit und weniger Staat. Für eine weltoffene, unabhängige Schweiz. Für eine Steuerung der Zuwanderung. Für eine neutrale Schweiz mit einer starken Armee.»



Steinemann Barbara

- ▣ Beruf: Lic. iur., Juristin
- ▣ Funktion: Kantonsrätin, Mitglied Sozialbehörde
- ▣ Wohnort: Watt
- ▣ Jahrgang: 1976
- ▣ Hobbys: Velo fahren, Lesen

«Die Schweiz ist eine grossartige Staatsidee. Sie basiert auf Werten, für die es sich zu kämpfen lohnt. Pflegen wir diese Stärken.»



Haab Martin

- ▣ Beruf: Eidg. dipl. Landwirt
- ▣ Funktion: Kantonsrat, Vizepräsident SVP Kanton Zürich, Ausschuss Zürcher Bauernverband
- ▣ Wohnort: Mettmenstetten
- ▣ Jahrgang: 1962
- ▣ Hobbys: Kühe, Ski fahren, Reisen

«Ich setze mich ein für eine nachhaltig produzierende Landwirtschaft, die den Verfassungsauftrag der heimischen Nahrungsmittelproduktion ernst nimmt.»



Kuoni Wolfram Andreas

- ▣ Beruf: Dr. iur., Rechtsanwalt, Unternehmer
- ▣ Funktion: ehem. Präsident Junge SVP Schweiz
- ▣ Wohnort: Herrliberg
- ▣ Jahrgang: 1966
- ▣ Hobbys: Politik, Geschichte, Bergsport

«Ich kämpfe hartnäckig für einen wettbewerbsfähigen Werk- und Finanzplatz Zürich, damit unsere Arbeits- und Ausbildungsplätze auch in Zukunft sicher sind.»



Lehmann Hans-Ulrich

- ▣ Beruf: Unternehmer
- ▣ Funktion: ehem. Gemeinderat
- ▣ Wohnort: Glattfelden
- ▣ Jahrgang: 1959
- ▣ Hobbys: Rad fahren, Helikopter fliegen

«Die Schweiz muss mitten in Europa unabhängig bleiben, Privateigentum ist grösstmöglichen Schutz zu gewähren. Finanziell gilt: Nicht mehr ausgeben als einnehmen.»



Krebs Stefan

- ▣ Beruf: Eidg. dipl. Elektroinstallateur / Unternehmer
- ▣ Funktion: ehem. Kantonsrat
- ▣ Wohnort: Pfäffikon
- ▣ Jahrgang: 1969
- ▣ Hobbys: Breitensport allgemein

- Duales Berufsbildungssystem stärken
- Sichere und günstige Energieversorgung
- Mehr Freiraum und weniger Bürokratie für Gewerbe, Unternehmungen und Private



Schläpfer Therese

- ▣ Beruf: Eidg. dipl. Flight Attendant
- ▣ Funktion: Gemeindepräsidentin
- ▣ Wohnort: Hagenbuch
- ▣ Jahrgang: 1959
- ▣ Hobbys: Velo und Ski fahren, Reisen

«Abbau der Sozialindustrie und KESB. Sozial- und Asylmissbrauch bekämpfen für Gemeindeautonomie und Eigenverantwortung. Für eine freie, neutrale Schweiz.»



Langhart Konrad

- ▣ Beruf: Ing.-Agronom FH / Landwirt
- ▣ Funktion: Kantonsrat, Ausschuss Zürcher Bauernverband
- ▣ Wohnort: Oberstammheim
- ▣ Jahrgang: 1963
- ▣ Hobbys: Musik, Natur, Berge, Wandern, Segeln

«Die Schweiz als stolzer und eigenständiger Staat, für starke KMU-Betriebe (Gewerbe und Landwirtschaft), mehr Sicherheit und Ordnung, weniger Sozialmissbrauch.»



Liebi Roger

- ▣ Beruf: Associate Director
- ▣ Funktion: Kantonsrat, Gemeinderat, Präsident SVP Stadt Zürich
- ▣ Wohnort: Zürich Stadt
- ▣ Jahrgang: 1961
- ▣ Hobbys: Geschichte, Musik, Sport

«Ich setze mich mit aller Kraft für die zentralen Säulen der Schweiz ein: Freiheit, Unabhängigkeit, direkte Demokratie.»



Hübscher Martin

- ▣ Beruf: Landwirt / Ing.-Agr. FH
- ▣ Funktion: Kantonsrat, Ausschuss Zürcher Bauernverband
- ▣ Wohnort: Bertschikon
- ▣ Jahrgang: 1969
- ▣ Hobbys: Turnen, Ski fahren, Politik

«Als Nationalrat möchte ich mich für eine produzierende Landwirtschaft mit bäuerlichen Familienbetrieben einsetzen, deren Freiheit nicht durch eine Flut von Auflagen erstickt wird.»



Dalcher Pierre

- ▣ Beruf: Augenoptiker / Stadtrat
- ▣ Funktion: Kantonsrat, Stadtrat
- ▣ Wohnort: Schlieren
- ▣ Jahrgang: 1961
- ▣ Hobbys: Joggen, Wandern, Reisen

- Verhindern von Verbrechen und Gewalt
- Durchsetzung der bestehenden Gesetze
- Rechtssicherheit wahren
- Bürokratie eindämmen, somit persönliche Freiheit wahren



Scheck Roland

- ▣ Beruf: Dipl. Bauingenieur ETH
- ▣ Funktion: Kantonsrat, Vorstand ACS Zürich
- ▣ Wohnort: Zürich Stadt
- ▣ Jahrgang: 1967
- ▣ Hobbys: Wandern, Bergtouren

«Die Masseneinwanderung in unser Land muss gestoppt werden. Asyl- und Sozialmissbrauch sind zu bekämpfen. Kriminelle Ausländer müssen ausgeschafft werden.»



Roggenmoser Romaine

- ▣ Beruf: Betriebsökonomin HWV
- ▣ Funktion: Gemeinderätin
- ▣ Wohnort: Bülach
- ▣ Jahrgang: 1971
- ▣ Hobbys: Familie, Sport, Kochen

«Wirtschaft stärken, mehr Eigenverantwortung – weniger Staat.»



Fischer Benjamin

- ▣ Beruf: Betriebsökonom FH
- ▣ Funktion: Kantonsrat
- ▣ Wohnort: Volketswil
- ▣ Jahrgang: 1991
- ▣ Hobbys: Reisen, Lesen, Wandern, Schiesssport

«Weniger Bürokratie, mehr Freiheit. Weniger Schulexperimente, mehr Bildung. Weniger Kuscheljustiz, mehr Sicherheit. KMU entlasten, Mittelstand stärken.»



SVP wählen.



Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern heisst Finanz- und Wirtschaftsstandort Zürich stärken

Der Kanton Zürich ist ein Wirtschaftskanton. Die Wirtschaft sichert Arbeits- und Ausbildungsplätze und beschert dem Kanton einen Grossteil der Steuereinnahmen, mit denen wir unseren Kanton und unsere Gemeinden finanzieren. Zur Wirtschaft gehört auch die Finanzbranche, die in Zürich traditionell stark verankert ist. Doch die Politik unternimmt alles, um diese Säule unserer Wirtschaft zu schwächen. Das kann nicht gut gehen!

Uns allen ist klar: Mit der Wiederherstellung einer eigenständigen Währungspolitik hat die Schweizerische Nationalbank unsere Volkswirtschaft vor grosse Herausforderungen gestellt. Der Entscheid ist mutig und langfristig richtig. Eine eigenständige Geldpolitik mit einem harten Franken ist für den Schweizer Finanzplatz langfristig eine gute Sache.

Die Banken schaffen rund 57'000 Arbeitsplätze in der Region Zürich.



Stopp der Regulierungsflut

Eine weit weniger gute Sache ist die Regulierungsflut, die unter dem Druck irgendwelcher internationaler Standards auf uns zukommt oder schon umgesetzt wurde. Seit Beginn der Finanzkrise 2008 wurden bereits folgende neuen Regulierungen in Kraft gesetzt, um nur kurz die Wichtigsten zu nennen:

- Revision betreffend Sicherung der Einlagen und Sanierung im Bankengesetz,
- Neue Gesetzgebung im Bereich «too big to fail»,
- Regelung der Sanierungs- und Konkursverfahren in Kompetenz der Finma,
- Anpassungen an die «too big to fail»-Problematik in der Banken- und Eigenmittelverordnung,

- Regelung der qualitativen Liquidität von Banken nach Vorschriften von Basel III,
- Revision des Kollektivanlagengesetz und der Kollektivanlagenverordnung,
- Revision des Börsengesetzes und der Börsenverordnung,
- Neue Regulierungen bei der Liquiditätsverordnung,
- Revision der Bankenverordnung
- Einführung des Finanzmarktgesetzes (FinmaG)
- usw.

Blindwütige Regulierungswut von Bundesrat und Parlament

Doch was kommt noch auf uns zu, wenn wir nach vorne blicken? Da sieht es noch viel schlimmer aus. In den nächsten zwei Jahren soll gemäss Bundesrat Folgendes neu in Kraft treten:

- Ein Systemwechsel von der Verrechnungssteuer zur Zahlstellensteuer.
- Die Einführung des Automatischen Informationsaustauschs AIA in Steuersachen.
- Die Einführung einer x-ten Verschärfung der Geldwäschereiverordnung gemäss GAFI-Richtlinien, eine Untergruppe der OECD.
- Die Revision des Steuerstrafrechts, welches für die Banken einschneidende Konsequenzen haben wird.
- Schon die erste Revision der «too big to fail»-Gesetze.
- Dann kommen drei ganze neue Gesetzeswerke: das sogenannte Finanzmarktinfrastrukturgesetz (FinfraG), das Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) und das Finanzinstitutsgesetz (FINIG).

Was ist zu tun?

Um unseren Finanzplatz zu stabilisieren und das Vertrauen der internationalen Kundschaft wieder zurückzugewinnen, müssen wir das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld wieder instand

setzen beziehungsweise verbessern. Wir sollten dies mit folgenden Massnahmen anpacken:

1. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen durch einen innenpolitischen Kurswechsel verbessert werden. Das erste Mal in der Geschichte der Eidgenossenschaft hat die Schweiz eine Mitte-Links-Regierung und ein Mitte-Links-Parlament. Und zwar in beiden Kammern. Man kann sogar sagen, dass der Ständerat als einst grundsätzlich bürgerlich denkende «Chambre de réflexion» heute noch linker stimmt als die Volksvertreter im Nationalrat. Und dies, obwohl die stimmberichtigte Bevölkerung in der Schweiz politisch nach wie vor mehrheitlich bürgerlich stimmt und somit im Durchschnitt Mitte-Rechts steht. Aber wie konnte es passieren, dass wir in der Schweiz trotz einer Mitte-

«An erster Stelle steht das Finanzdienstleistungsprodukt selber, der Brand «Swiss Banking.»

Rechts-Bevölkerung seit einigen Jahren so oft im Parlament linke Mehrheiten haben? Die Gründe dafür sind sehr schnell gefunden: Die Mitte-Parteien, die sich offiziell als «bürgerlich» deklarieren, stimmen auf nationaler Ebene – kantonal mag das teilweise anders sein – mehrheitlich mit der SP und den Grünen. So haben in der laufenden Legislatur CVP, GLP und die BDP je nach Partei 55 bis 70 % der Abstimmungen zusammen mit der SP gestimmt, also klassisch Mitte-Links, was nichts mit bürgerlich zu tun hat. Es kann bezweifelt werden, dass das allen Wählern dieser Parteien wirklich bewusst ist. Die so entstandene Mitte-Links-

«Eigentum sichert individuelle Freiheit, stiftet Identität und vermag Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untermauern. Als Präsident des Hauseigentümergebietes (HEV) Schweiz und Kanton Zürich engagiere ich mich für mehr Wohneigentum und erschwingliches Wohnen. Bei der Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie der Handänderungssteuer durfte ich als treibende Kraft den Verband führen. Mit meiner Motion habe ich die Abschaffung des Eigenmietwertes angestossen, damit das Eigenheim auch im Alter gesichert bleibt.»



Hans Egloff, Nationalrat, Aesch

Mehrheit im Bundesrat und Parlament hat ganz konkrete Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen: etwa bei der unbezahlbaren Energiewende, bei der Einführung von neuen Steuern – Stichwort Kapitalgewinnsteuer – bei der Einführung einer Geschlechterquote oder einer Lohnpolizei in der Privatwirtschaft, bei der Finanzmarktregulierung usw. Alle diese Massnahmen schaden dem Werkplatz wie auch dem Finanzplatz. Solche linken Luxusrezepte kommen dann auf, wenn es uns zu gut geht. Angesichts der wieder eigenständigen Währung gilt es, den Wirtschaftsstandort Schweiz fit zu machen für eine nicht ganz einfache

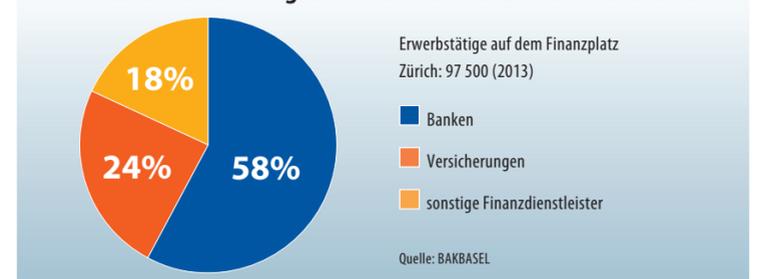
Zukunft.

Am besten gelingt dies, wenn die Bürger am kommenden 18. Oktober dafür sorgen, dass die richtigen

«Eine Erfolgssäule unseres Finanzplatzes ist die politische Stabilität und Sicherheit der Schweiz, wozu auch die finanzielle Sicherheit zählt.»

Köpfe im Parlament sitzen. Und die richtigen Köpfe, also diejenigen Politikerinnen und Politiker, die sich für unseren Wirtschafts- und Fi-

Die Banken sind eine tragende Säule auf dem Zürcher Arbeitsmarkt.



Thomas Matter, Nationalrat, Meilen

«Wir brauchen attraktive wirtschaftliche Rahmenbedingungen für eine liberale Marktwirtschaft mit tiefen Steuern, weniger Bürokratie und weniger Bevormundung – damit sich Arbeit, Leistung und Unternehmertum weiterhin lohnen und am Monatsende für alle mehr Geld zum Leben bleibt. Das massive Wachstum des Staatsapparates muss gestoppt, der Werkplatz sowie der Finanzplatz Schweiz müssen gestärkt werden.»

« Der Werkplatz Schweiz liegt mir am Herzen. Besonders Sorge tragen müssen wir den KMU. Sie übernehmen die wichtigste Ausbildungsfunktion und sind der Motor unserer Wirtschaft. Ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten heisst: Einstehen für eine Gesetzgebung, die Innovation unterstützt, nicht abwürgt; Einstehen für weniger Bürokratie und Einstehen für tiefere Steuern. Nur so können wir das gemeinsam Erreichte – unser aller Wohlstand, unsere Sozialwerke und Arbeitsplätze – sichern. Dafür setze ich mich ein. »



Jürg Stahl, Nationalrat,
2. Vizepräsident des Nationalrates, Winterthur

nanzplatz einsetzen, finden sich auf der Liste der SVP. Auf keiner anderen Liste befinden sich mehr Vertreter von Gewerbe, Unternehmen und Finanzdienstleistern als auf der Liste der SVP.

2. Es ist in der Schweiz unverzüglich wieder Rechtssicherheit herzustellen. Statt ständig der OECD nachzugeben und immer neue sogenannte «internationale Standards» – primär EU-Standards – zu übernehmen, sollte unser Land kundtun, dass für die nächsten zum Beispiel zwanzig Jahre im Interesse der Rechtssicherheit und der Stabilität, keine neuen «Standards» nur aufgrund von Druck oder Drohungen übernommen werden, ansonsten die Schweiz vom ihr rechtlich zustehenden Veto Gebrauch machen müsste. Sollte die Schweiz einmal alle «internationalen Standards» übernommen haben, dann ist auch die Schweiz selber «internationaler Standard», und der ist tiefer als der heute noch gültige «Schweizer Standard». Das gilt natürlich auch betreffend unserem Wohlstand. Oder wollen wir wirklich internationale Standards, etwa beim Pro-Kopf-Einkommen, bei den Sozialleistungen, im Gesundheitsbereich oder im Bildungswesen?

3. Die finanzielle Privatsphäre ist im Inland verfassungsmässig zu verankern, wofür unsere bereits eingereichte Privatsphäreninitiative ein gutes Mittel wäre. Dies ist gerade aus psychologischen Gründen auch für die ausländische Kundschaft von Bedeutung.

4. Ein wichtiger Wert für unseren Finanzplatz bezüglich Sicherheit und Stabilität bleibt die Neutralität und die Unabhängigkeit der Schweiz, speziell gegenüber der Europäischen Union, natürlich auch was unsere eigene Währung betrifft. Denn das EU-Konstrukt und der Euro bleiben noch für lange Zeit unruhige Krisenherde.

Es sind die vielen kleinen Dinge, Gesetze und Verordnungen, die unseren Mittelstand zerstören!

In den Medien wird landauf und landab vor einer Wirtschaftskrise gewarnt, in die unser Land stürzen könnte. Als wichtigste Ursache dafür wird die «Frankenstärke» bemüht. Doch die wirklichen Ursachen für die Schwächung des Wirtschaftsstandortes Schweiz und Zürich sind hausgemacht. Dies zeigen Gespräche mit Zürcher KMU-Vertretern.

Unsere KMU-Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Kleine und mittelständische Gewerbeunternehmen stellen am meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung. Sie schaffen für Hunderttausende von Menschen in unserem Kanton Ein- und Auskommen. Für diese Aufgabe sollte unser Gewerbe von der Politik jegliche Unterstützung erhalten – sollte man meinen. Doch die Realität sieht anders aus: In Tat und Wahrheit werden unserem Gewerbe, werden unserer Wirtschaft tagtäglich vom Staat mit immer neuen Vorschriften, Abgaben und Gebühren stets neue Steine in den Weg gelegt, die die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit der Zürcher Wirtschaft schwächen und damit Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Wohlstand und Sicherheit zerstören.

Die mangelnde Infrastruktur kostet Hunderte von Arbeitsplätzen

Dies zeigt das Beispiel eines gesunden KMU-Betriebes im Zürcher Weinland: Das Metallbauunternehmen mit 20 Angestellten, 5 Lehrlingen und 6 Service- und Montagewagen führt in ganz Zürich sowie in den umliegenden Kantonen erfolgreich Aufträge aus und würde gerne noch mehr in den Ausbau des Betriebes sowie in neue Mitarbeiter investieren. Der tägliche Stau macht dem Unternehmen jedoch einen dicken Strich durch die Rechnung. Warum? Weil er tagtäglich zu Zusatzkosten für das Unternehmen führt. So stehen die 6 Montage- und Servicewagen im Durchschnitt tagtäglich jeweils am Morgen und am Abend rund 15 Minuten im Stau. Jeder Wagen ist



Tausende von Stau-Stunden belasten Gewerbe und Wirtschaft.

mit 2 Mitarbeitern besetzt. Damit stehen jeden Tag 12 Mann je 30 Minuten im Stau. Das macht 6 Stunden pro Tag, pro Woche 30 Std., pro Monat 120 Std. und damit pro Jahr 1440 Std.! Eine Arbeitsstunde kostet den Betrieb Fr. 120. pro Jahr muss der KMU-Betrieb also Fr. 172'800 dafür zahlen, dass seine Angestellten unproduktiv im Stau stehen. Für dasselbe Geld könnten zwei neue Mitarbeiter eingestellt werden. Ebenso fehlt das Geld für Investitionen und Innovationen. Fazit: Der Stau schwächt die nationale und internationale Konkurrenzfähigkeit des KMU-Betriebes und kostet damit Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Immer mehr Vorschriften und vorauseilender EU-Gehorsam belasten unsere KMU-Betriebe

Ebenso belastend und hausgemacht ist die steigende Flut von immer neuen

Gesetzen, Vorschriften und Auflagen. Viele davon übernimmt der Bund in vorauseilendem Gehorsam von der EU – zum Schaden unserer Gewerbetreibenden. Dies zeigt das Beispiel eines Schweizer-Betriebes in der Umgebung von Winterthur. Die Vorgeschichte: Bundesrat und Parlament haben 2014 gemäss EU-Vorgaben ein neues Produkthaftpflichtgesetz erlassen. Die Übernahme dieser EU-Norm macht Sinn, für Schweizer Betriebe, die ins Ausland verkaufen. Aber nicht für Schweizer KMU-Betriebe, die nur in der Schweiz verkaufen.

Für den KMU-Betrieb mit Schweisserei, der nur in der Schweiz verkauft, heisst das: Ab 1. Juli 2015 muss der Betrieb nach der EU-Norm EN 1090 zertifiziert werden. Konkret bedeutet das: Er muss neuerdings Schweissprüfungen oder Schweissverfahrensprüfungen in seinem Betrieb, der seit vielen

Jahren bestens und ohne Zwischenfälle funktioniert, durchführen. Dazu braucht es eine Schweissaufsichtsperson im Betrieb, die kostet. Der weitere Hacken an der Sache: Da es in der Schweiz keine solche Zertifizierungsstelle gibt, muss ein deutsches Zertifizierungsunternehmen die Vorgaben geben.

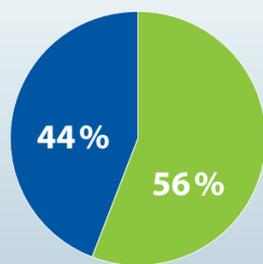
Fazit: Das unnötige Gesetz kostet den KMU-Betrieb ca. Fr. 25'000 bis ca. 30'000 einmalig und jährlich wiederkehrend ca. Fr. 10'000 – den Papieraufwand nicht eingerechnet. Die neuen Kosten müssen

auf die Preise geschlagen werden, womit die Konkurrenzfähigkeit des KMU-Betriebs geschwächt wird.

Hausaufgaben im eigenen Land machen

Solcherlei Beispiele aus KMU-Betrieben liessen sich unendlich fortführen. Sie zeigen eines: Die Gefahr für unsere KMU-Betriebe, für Gewerbe und Wirtschaft und damit für Arbeits- und Ausbildungsplätze ist in erster Linie hausgemacht. Eine immer wirtschaftsfremdere und damit immer wirtschaftsfeindlichere Politik in Bern und in den Kantonen führt dazu, dass unsere Unternehmen national, aber auch international einen immer schwereren Stand haben. Wollen wir den Wirtschaftsstandort Zürich stärken, müssen wir für weniger Vorschriften und Gesetze sorgen. Dafür braucht es mehr Unternehmer und Gewerbetreibende im Bundeshaus – und diese finden Sie auf der SVP-Liste!

Der Bankenplatz erwirtschaftet rund 9 % des Bruttoinlandsproduktes der Region Zürich.



Nominale Bruttowertschöpfung Bankensektor
Schweiz: CHF 28.9 Mia (2013)

■ Region Zürich
■ übrige Schweiz

Quelle: BAKBASEL

« Der Kanton Zürich ist die wirtschaftlich stärkste Region der Schweiz. Sie trägt mehr als einen Fünftel zur Schweizer Wertschöpfung bei. Deshalb müssen wir Gewerbe und Wirtschaft und den damit verbundenen Arbeitsplätzen Sorge tragen. Denn der Bundesrat will weitere Regulierungen einführen. Auch die Energiewende, die aufgeblähte Verwaltung und der auswachsende Staat gefährden unseren Wirtschaftsstandort. Dagegen hilft nur SVP wählen! Keine andere Partei vertritt Wirtschaft und Gewerbe so konsequent und kompetent wie die SVP. Denn die grosse Mehrheit ihrer Volksvertreter auf der Nationalratsliste sind Selbstständigerwerbende und in der Privatwirtschaft tätig. »



Alfred Heer, Nationalrat, Zürich

Ihr Ständerat für den Kanton Zürich

Mit Hans-Ueli Vogt hat die Zürcher Bevölkerung wieder die Möglichkeit, einen echten bürgerlichen Vertreter nach Bern in den Ständerat zu schicken. Denn Hans-Ueli Vogt ist ein brillanter Denker, ein profunder Kenner der Wirtschaft und ein weltoffener und engagierter Politiker, der sowohl das urbane als auch das ländliche Zürich und Jung und Alt gleichermaßen vertritt. Genau das zeichnet einen guten Ständerat aus, wie folgendes Interview zeigt.

Extrablatt: Hans-Ueli Vogt, stellen Sie sich vor: Es ist Sonntagnachmittag, der 18. Oktober 2015, und Sie sind gerade zum Ständerat für den Kanton Zürich gewählt worden. Was wären Ihre ersten Gedanken?

Hans-Ueli Vogt: Der erste Gedanke wäre bei den Wählerinnen und Wählern. Ich habe in den letzten Wochen und Monaten überall im Kanton Zürich, wo ich hingekommen bin und mit den Leuten gesprochen habe, gemerkt, dass sie wieder einen Zürcher Ständerat haben möchten, der sich klar und eindeutig für einen starken Kanton Zürich und für die Stärken der Schweiz einsetzt. Und ich würde an meine vielen Helfer innerhalb und ausserhalb der SVP denken, die mich nun schon seit Monaten tatkräftig in meinem Wahlkampf unterstützen.

Der zweite Gedanke wäre beim Auftrag, den die Wählerinnen und Wähler mir mit ihrer Wahl geben. Wir stehen im Kanton Zürich und in der Schweiz vor grossen Aufgaben. In den letzten Jahren haben wir mit vielen Fehlentscheidungen in Bern die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Schweiz und des Kantons deutlich verschlechtert. Ich denke hier vor allem an die Rahmenbedingungen für den Werk- und Finanzplatz Zürich. Hier drohen Tausende von Arbeitsplätzen und Lehrstellen ver-

nichtet zu werden. Und die Schweiz steht vor der Herausforderung, ihr Verhältnis zur EU zu klären. Hier gilt es, die Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen und eine Unterwerfung unter die Gerichtsbarkeit der EU zu verhindern, ohne gleich das gesamte Paket der bilateralen Verträge über Bord zu werfen.

Sie sind früh in den Wahlkampf gestartet. Warum dieser frühe Beginn?

Ich wollte einen möglichst intensiven Kontakt mit den Wählerinnen und Wählern suchen. Um mich persönlich vorstellen zu können und bekannt zu machen, vor allem aber, damit ich höre, was die Zürcherinnen und Zürcher beschäftigt, ihnen Sorge macht und was sie von einem Ständerat erwarten. Das braucht seine Zeit, und

Strassen, immer grösseres Gedränge in den Zügen und auf den Bahnhöfen, immer mehr Land, das verbaut wird, immer mehr Leute, die unsere Sprache nicht sprechen. Die Menschen merken, dass nicht auf Dauer 80'000 Menschen pro Jahr in die Schweiz einwandern können. Und die Zürcherinnen und Zürcher machen sich Sorgen über die steigende Zahl von Asylgesuchen. Viele sagen mir, dass wir den wirklich bedrohten Menschen helfen müssen, aber es könne doch nicht sein, dass wir einfach alle, die hierherkommen möchten, bei uns aufnehmen, denn diese Leute würden sich nicht bei uns integrieren und die Sozialhilfekosten würden ins Unermessliche steigen.

Vertrauen die Zürcherinnen und Zürcher denn nicht mehr darauf, dass die Politik diese Probleme lösen wird?

Schweiz ein eigenständiger und souveräner Staat ist, der gegenüber dem Ausland auf seinen Positionen bestehen soll. Die Bevölkerung steht viel mehr zur Schweiz als die Politiker!

Sie sind als einer der damals jüngsten Professoren an die Uni Zürich gewählt worden, verfügen über ein Anwaltspatent nicht nur in Zürich, sondern auch im Staate New York, haben zahlreiche Auslandsfahrten, wohnen in der Stadt Zürich und lieben ausser Wanderungen und Natur auch Partys und Schlager. Sie sind ein echter SVP'ler?

Ich staune immer wieder darüber, wie viele Leute genau so auf meine Kandidatur und meine Person reagieren. Vermutlich sagt diese Reaktion nicht in erster Linie etwas über mich und die

gewogene und hochkarätige Nationalratsliste wie die SVP mit erfolgreichen Unternehmern, Bauern, Professoren, Verlegern, Gewerblern, jungen und älteren Kandidaten, mit Leuten aus der Stadt und solchen vom Land, mit Frauen und Männern. Diese Vielfalt ist die Stärke der SVP: Sie zeigt, dass das Bekenntnis zu einer freien, unabhängigen Schweiz nichts mit Beruf, Herkunft und Alter zu tun hat. Ich bin ein Teil dieser Vielfalt und fühle mich in der SVP wohl.

Was ist Ihre Motivation, neben Ihrer erfolgreichen akademischen und beruflichen Karriere jetzt für den Ständerat zu kandidieren?

Politik hat mich immer interessiert. Und ich habe mich der Schweiz schon als Kind sehr verbunden gefühlt, und

«Die kommende Ständeratswahl ist eine entscheidende Weichenstellung für unseren Kanton. Hans-Ueli Vogt versteht die Wirtschaft und den Finanzplatz bestens. Darum unterstütze ich ihn.»

Rolf Dörig,
Verwaltungsratspräsident Swiss Life



«Hans-Ueli Vogt schätze ich als kluge und umsichtige Persönlichkeit. Er bringt alle Voraussetzungen mit, um den Wirtschaftskanton Zürich im Ständerat kompetent und beharrlich zu vertreten. Deshalb unterstütze ich seine Kandidatur.»

Ernst Stocker,
Regierungsrat, Meisterlandwirt



Hans-Ueli Vogt

- ▶ Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Zürich seit 2003
- ▶ Kantonsrat seit 2011
- ▶ Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Kantonsrates
- ▶ Tätigkeit als Rechtsanwalt in Zürich und New York
- ▶ Forschungsaufenthalte / Gastprofessuren in Florenz, Harvard, Peking und London
- ▶ Studium der Rechtswissenschaft in Zürich und New York, Weiterbildung in Betriebswirtschaft (MBA) in St. Gallen (HSG)
- ▶ Oberleutnant a. D.
- ▶ Aufgewachsen im Zürcher Oberland, lebt in der Stadt Zürich
- ▶ Jahrgang 1969
- ▶ Hobbys: Wandern, Reisen, Geschichte
- ▶ hansuelivogt.ch
- ▶ facebook.com/hansuelivogt.ch

darum bin ich schon seit der Nominaton zum Ständerat am 28. April unterwegs bei den Menschen, auf der Strasse, an gesellschaftlichen Anlässen, an Messen und Ausstellungen usw.

Und was beschäftigt die Zürcherinnen und Zürcher?

Auf der einen Seite ist die Zürcher Bevölkerung stolz auf ihren Kanton und zufrieden mit dem hohen Lebensstandard und der Attraktivität von Zürich als Lebens- und Wirtschaftsraum. Aber die Zürcherinnen und Zürcher sehen die gegenwärtigen Probleme sehr klar, und sie machen sich Sorgen darüber, dass es uns nicht immer so gut gehen wird wie heute. Sie sehen, dass unsere Arbeitsplätze gefährdet sind. Viele ältere Leute haben mir geschildert, wie sie ihre Stelle verloren haben, die nun jemand aus dem Ausland hat, und wie sie keine neue Stelle mehr bekommen. Sie haben Angst, dass sie nun Sozialhilfe beziehen müssen. Die Zürcherinnen und Zürcher sehen auch die Nachteile der ungebremsten Zuwanderung: immer mehr Verkehr und Staus auf den

Ich spüre bei den Leuten, mit denen ich gesprochen habe, recht viel Unmut über die Politik und die Politiker. Das ist ein Stück weit nichts Aussergewöhnliches, man kann es ja nie allen recht machen. Aber in zwei Bereichen merkt man den Unmut inzwischen sehr deutlich. Erstens bei der Umsetzung oder eben Nicht-Umsetzung von Volksentscheiden und von Gesetzen. Und zweitens spüre ich den Unmut über das ständige voreilige Nachgeben der Schweiz gegenüber dem Ausland und

«Wir stehen im Kanton Zürich und in der Schweiz vor grossen Aufgaben. In den letzten Jahren haben wir mit vielen Fehlentscheidungen in Bern die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Schweiz und des Kantons deutlich verschlechtert.»

internationalen Organisationen. Die Bevölkerung erwartet von ihren Politikern in Bern ein selbstbewusstes Auftreten gegenüber ungerechtfertigten Anfeindungen und Forderungen des Auslandes. Ich bin immer wieder «paff» und natürlich erfreut darüber, wie viele Menschen – gerade auch ganz junge! – voll und ganz zur Schweiz stehen und ein Bewusstsein dafür haben, dass die

SVP aus, sondern über die Vorurteile und die Klischees dieser Leute.

Wie meinen Sie das?

Offenbar können es viele Leute nicht fassen, dass sich in der SVP auch Intellektuelle wohlfühlen, die an der Universität tätig sind, in der Stadt wohnen, viel in der Welt herumgekommen und weltoffen sind. Dabei zeigt gerade der Vergleich mit anderen Ländern, wie gut die Dinge bei uns funktionieren:

unser politisches System, unsere Wirtschaft, unsere Verwaltung, das Zusammenleben der verschiedenen Kulturen. Wer im Ausland gelebt hat und in die Schweiz zurückkehrt, merkt erst so richtig, dass es sich lohnt, für die Schweiz zu kämpfen! Zudem zeigt auch ein Blick auf die Nationalratsliste die Vielfältigkeit der SVP: Wohl keine andere Partei hat eine so vielfältige, aus-

ich fühle mich auch verantwortlich für unser Land. Ich wusste darum schon lange, dass ich mich einmal für die Schweiz einsetzen will. Lange Zeit stand dann aber der Beruf im Zentrum meines Lebens. Erst in den letzten fünf Jahren bin ich politisch aktiv geworden und habe mich im Kantonsrat und innerhalb der SVP engagiert. Als Ständerat würde ich dieses Engagement für den Kanton Zürich und die Schweiz weiterführen: für einen erfolgreichen Wirtschaftskanton Zürich und für eine freie, unabhängige Schweiz. Mich für diese Ziele einzusetzen, das ist meine Motivation!

In den Medien ist immer wieder zu lesen, dass Sie als «Vater» der Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» für die Wirtschaft nicht wählbar seien. Was sagen Sie dazu?

Tatsächlich ist das in den Medien zum Teil so geschrieben worden. In Gesprächen mit KMU-Unternehmern, mit Führungsverantwortlichen in internationalen Unternehmen und auch mit

Vertretern von Wirtschaftsverbänden höre ich aber viel Unterstützung für die Selbstbestimmungsinitiative. Für diese Personen ist mein Engagement für unsere Selbstbestimmung kein Hinderungsgrund, mich zu wählen. Mein Einsatz für die rechtliche Selbstbestimmung der Schweiz und damit für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort wird von ihnen im Gegenteil positiv zur Kenntnis genommen. Denn mit der Selbstbestimmungsinitiative werden wir wieder mehr Rechtssicherheit in der Schweiz haben. Das ist besonders für internationale Unternehmen wichtig.

Bei einer Annahme wissen sie, dass in der Schweiz Schweizer Recht gilt. Sie müssen dann nicht mehr befürchten, dass die Politik aufgrund von ausländischem Druck einknickt und plötzlich die gesetzlichen Spielregeln für Unternehmen ändert, so wie es heute immer öfter vorkommt. Und sie wissen dann auch, dass die Schweiz nicht jede Laune und Mode mitmacht, die die internationalen Organisationen oder die EU den Staaten diktieren will.

Wo sehen Sie die grössten Unterschiede zu Ihren Mitbewerbern?

Am kommenden 18. Oktober geht es für den Kanton Zürich um eine Grundsatfrage: Wollen wir mehr oder weniger Freiheit? Oder anders ausgedrückt: Wollen wir weiterhin selber unsere Politik, unser Leben bestimmen oder wollen wir uns fremdbestimmen lassen? Das betrifft einerseits unsere Wirtschaftspolitik. Hier geht es um mehr oder weniger Gesetze, Behörden, Abgaben usw. Andererseits geht es um die Zuwanderungspolitik und unser Verhältnis zur EU. Hier müssen wir entscheiden, ob wir selber bestimmen wollen, wer in unser Land kommt, oder ob

wir uns widerstandslos den Wünschen der EU unterwerfen und sogar akzeptieren, dass der Gerichtshof in Luxemburg über unserer Verfassung steht. Hier muss jeder Ständeratskandidat Farbe bekennen.

Wo werden Sie als Ständerat anpacken?

Ich würde zwei Bereiche nennen. Gerade der Ständerat hat in den letzten Jahren den Abbau der direkten Demokratie massiv vorangetrieben. Mit allen möglichen und unmöglichen juristi-

schen Tricks wird an Einschränkungen des Initiativrechts gearbeitet und die Umsetzung von Volksentscheiden hintertrieben. Dabei haben wir der direkten Demokratie so viel Gutes zu verdanken! In diese Diskussion über die Volksrechte würde ich mich einbringen und mich gegen den heimlichen Abbau einer unserer Staatssäulen wehren.

Und was ist der zweite Bereich?

Das sind die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft. Wir sind daran, unseren Unternehmen immer engere Fesseln anzulegen, mit immer neuen Vorschriften und Gesetzen. Viele dieser Vorschriften mögen gut gemeint sein. Aber die Einhaltung der Vorschriften verursacht Kosten für die Unternehmen, und sie nehmen den Unternehmen Freiräume weg. Unternehmen aber brauchen Freiräume, damit sie innovativ und erfolgreich sein und so Arbeitsplätze schaffen können. Hier hoffe ich, als Wirtschaftsrechtsprofessor einen Beitrag zu mehr Augenmass in der Regulierung der Unternehmen leisten zu können.

«Ich unterstütze die Kandidatur von Hans-Ueli Vogt, weil er sich ohne Wenn und Aber für eine unabhängige, freie und neutrale Schweiz einsetzt. Er anerkennt das Volk und die schweizerische Verfassung als oberste Richtschnur und spürt die Sorgen von jungen und älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Er würde den Kanton Zürich als Ständerat ausgezeichnet vertreten.»

Walter Frey,
Unternehmer



«Hans-Ueli Vogt ist ein brillanter Jurist und Wirtschaftsrechtsprofessor mit internationaler Erfahrung. Dennoch ist er heimatverbunden und kennt die Anliegen des Gewerbes. Damit ist er eine gute Vertretung für den Wirtschaftskanton Zürich im Ständerat.»

Hans Rutschmann, alt Nationalrat,
Präsident Kantonaler Gewerbeverband



«**Unternehmen brauchen Freiräume, damit sie innovativ und erfolgreich sein und so Arbeitsplätze schaffen können.**»

Hans-Ueli Vogt, Ständeratskandidat



Immer ein offenes Ohr für die Anliegen der Bevölkerung.



Geschätzt und beliebt – das zeichnet einen guten Ständerat aus!



Engagiert und packend – ein guter Ständerat muss überzeugen können!



Hans-Ueli Vogt zusammen mit Natalie Rickli, der bestgewählten Zürcher Nationalrätin 2011

Kanton Zürich

Wahlzettel
für die Wahl von 2 Mitgliedern des Ständerates
Erster Wahlgang vom 18. Oktober 2015

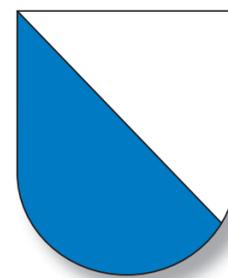
Zwei Mitglieder des Ständerates

Name	Nähere Angaben wie: Vorname, Beruf, Wohnort usw.
1. Vogt	Hans-Ueli
2. _____	

Am 18. Oktober 2015:

Hans-Ueli Vogt
in den Ständerat

So wählen Sie im Kanton Zürich richtig!



1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert, darin finden Sie folgendes Material:

- Block mit vorgedruckten Nationalratskandidaten-Wahlzetteln (Listen)
- Kleines Couvert
- Ständeratswahlzettel
- Stimmrechtsausweis

2. Wählen Sie Ihre Nationalrätinnen und Nationalräte:

Trennen Sie die SVP-Liste vom Wahlzettel-Block ab.

3. SVP-Nationalratsliste ins kleine Couvert:

Legen Sie die SVP-Liste Nummer 1 unverändert ins kleine Couvert.

4. Wählen Sie Ihren Ständerat:

Schreiben Sie auf den leeren Ständeratswahlzettel den Namen des SVP-Ständeratskandidaten Hans-Ueli Vogt.

5. Ständeratsliste ins kleine Couvert:

Legen Sie die Ständeratsliste zur Nationalratsliste ebenfalls ins kleine Couvert.

6. Stimmrechtsausweis unterschreiben:

Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.

7. Alles ins grosse Couvert:

Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, so dass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster zu sehen ist. Wenn nötig, frankieren Sie das Couvert.

Und dann ab in die Post oder einwerfen bei Ihrer Gemeinde.

8. Abschicken:

Couvert bis spätestens **15. Oktober** per A-Post aufgeben oder bis **16. Oktober** zur Gemeinde bringen oder am **18. Oktober** an die Urne gehen.

Achtung!

- Legen Sie nur **eine** Nationalratsliste ins Couvert, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!



1. Stimmcouvert öffnen und Unterlagen entnehmen.



2. Nationalrats-Wahlzettel SVP Liste 1 abtrennen.



3. Wahlzettel SVP Liste 1 ins kleine Couvert legen.



4. Ständeratsliste ausfüllen.



5. Ständeratsliste auch ins kleine Couvert legen.



6. Stimmrechtsausweis unterschreiben.



7. Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen.



8. Couvert zur Post oder Gemeinde bringen.

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Gratis-Hotline: 0800 002 444

Kostenlose kompetente Auskunft! Ab dem 14. September bis am 17. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2015 informieren.

Wir sind von Montag bis Freitag von 11.00 – 19.00 Uhr und am Samstag von 9.00 – 15.00 Uhr für Sie da. **Fragen per Mail: wahlen@svp.ch**

Für den Ständerat:



Hans-Ueli Vogt

- ▶ Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Zürich seit 2003
- ▶ Kantonsrat seit 2011
- ▶ Tätigkeit als Rechtsanwalt in Zürich und New York
- ▶ Studium der Rechtswissenschaft in Zürich und New York, Weiterbildung in Betriebswirtschaft (MBA) in St. Gallen (HSG)
- ▶ Aufgewachsen im Zürcher Oberland, lebt in der Stadt Zürich, Jahrgang 1969

Hans-Ueli Vogt
in den Ständerat

hansuelivogt.ch



Für den Nationalrat:

Frei bleiben!

SVP wählen.

www.svp-zuerich.ch

Liste **1**



SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes